

### Deutsche Einheit und Öffnung der NATO

Oldenburg, Fred

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oldenburg, F. (1996). *Deutsche Einheit und Öffnung der NATO*. (Berichte / BIOst, 52-1996). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42742>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
2	
1. Ausgangssituation: Die Behauptung	
.....	
4	
2. Russische Stellungnahmen gegen eine NATO-Erweiterung	
.....	
5	
3. Analyse	
.....	
8	
3.1 Unklare Signale aus Bonn und Washington.....	10
3.1.1 Genschers Rede in Tutzing.....	10
3.1.2 Bakers Gespräche in Moskau.....	12
3.2 Ein erster Durchbruch.....	14
3.2.1 Bundeskanzler Kohl im Februar 1990 in Moskau.....	14
3.2.2 Erneute widersprüchliche Signale aus Bonn.....	14
3.3 Die Regelung der NATO-Zugehörigkeit für Deutschland.....	18
3.3.1 Der Durchbruch in Washington.....	18
3.3.2 Zur Junitagung des PBA - Vor dem Ende des Warschauer Pakts.....	21
3.3.3 Hilfestellungen aus dem Westen.....	22
3.3.4 Die Übereinkommen von Moskau und Archyz.....	24
Summary	
.....	
28	

18. Oktober 1996

**Fred Oldenburg**

## **Deutsche Einheit und Öffnung der NATO**

**Bericht des BIOst Nr. 52/1996**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die Behauptung, westliche Spitzenpolitiker und Diplomaten hätten im Frühjahr 1990 oder während der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen eine bilaterale Zusicherung abgegeben, auf die künftige Ausdehnung der NATO nach Osteuropa zu verzichten, wird in dieser Eindeutigkeit nur von russischer Seite erhoben. Vorgetragen wird auch, daß es ein "Gentleman's Agreement" oder mündliche Zusicherungen von seiten des Westens gegeben habe. Ein gültiger Beweis hierfür wird bisher nicht vorgelegt. Allerdings wird eine Dokumentation angekündigt, die diese Behauptung absichern soll. Der vorliegende Bericht analysiert anhand von Memoiren der wichtigsten Akteure des Entwicklungsprozesses, der zur deutschen Einheit führte, ob die Behauptung dort eine Stütze findet. Der Bericht untersucht weiterhin Interviews und Stellungnahmen von zentraler Bedeutung. Nicht zuletzt werden für das Thema politikwissenschaftlich relevante Darstellungen berücksichtigt.

#### *Ergebnisse*

1. Von deutscher Seite wurden interpretierbare Äußerungen lediglich in Reden oder Interviews während der Monate Januar/Februar 1990 gemacht. Eine bilaterale mündliche Absage an die Ausdehnung der NATO könnte möglicherweise im Februar 1990 von US-Außenminister Baker gegenüber Gorbatschow in Moskau erfolgt sein. Zu dieser Zeit stand aber nur die Wiedervereinigung Deutschlands und dessen Verankerung in der NATO im Vordergrund westlicher Bemühungen. Sowohl die Überlegungen des deutschen wie des amerikanischen Außenministers bezogen sich auf die Möglichkeit eines besonderen militärpolitischen Status des Gebiets der damaligen DDR nach einer Vereinigung Deutschlands bei gleichzeitigem Verbleib des vereinten Deutschland im Atlantischen Bündnis. Sie haben ihren Niederschlag in Artikel 5 des Zwei-plus-Vier-Vertrags gefunden.
2. In der Tat ging es seinerzeit darum, das Nachdenken in Moskau zu begleiten, ohne a) den eigenen Forderungskatalog zu überdehnen; b) in den osteuropäischen Hauptstädten zusätzliche Erwartungen zu wecken; und c) Gorbatschow den schwierigen Anpassungsprozeß durch neue Hürden zu erschweren. Auch von sowjetischer Seite wurde ein osteuropäischer Allianzwechsel nicht problematisiert (Ausnahme: Ligatschow). In der Regel ging man im Frühjahr 1990 von der Fortexistenz von NATO und Warschauer Pakt aus. Westliche Äußerungen müssen ohnehin aus den Entwicklungsprozessen des Jahres 1990 verstanden werden. Sie können nach dem Zerfall des Warschauer Pakts und dem Zusammenbruch der UdSSR nicht behandelt werden, als hätten sie für alle Ereignisse der künftigen Geschichte gegolten. Bei Bundeskanzler Kohl läßt sich - ausweislich der

geprüften Literatur - hinsichtlich Osteuropas zu keiner Zeit eine selbstbeschränkende Formulierung im Sinne der Fragestellung auffinden.

3. Ein Verzicht auf Ausdehnung der NATO in Richtung auf die Sowjetunion/Russische Föderation ist in direktem Zusammenhang mit den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die im September 1990 abgeschlossen waren, weder mündlich, vertraglich oder in anderer Form nachweisbar. Andererseits erfolgte mit sowjetischer Zustimmung (vom 31. Mai und 15./16. Juli 1990) eine de facto "räumliche Ausdehnung der NATO in Richtung der Grenzen" der UdSSR nur hinsichtlich des Territoriums der ehemaligen DDR, und zwar als Folge des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte Ende August 1994.
4. Die letzte Chance für eine Einforderung westlicher Zusicherungen war unmittelbar vor und mit der Ratifizierung der Verträge im März und April 1991 gegeben. Auch diese Möglichkeit wurde - ausweislich der vorliegenden Literatur - von der sowjetischen Diplomatie nicht genutzt. Somit kann man davon ausgehen: Eine völkerrechtliche Bindung des Westens, die osteuropäischen Staaten nicht in die NATO aufzunehmen, erfolgte nicht. Eine ausführliche Diskussion dieses Themas fand niemals statt, da dies die Infragestellung der Warschauer Vertragsorganisation bedeutet hätte, der sich sowohl die Sowjets wie auch der Westen enthielten.
5. Daß Zusagen von seiten westlicher Akteure gegeben wurden, ist dennoch keineswegs völlig auszuschließen. Allerdings kann dies nur nach Durchsicht bisher geheimgehaltener Dokumente in den Archiven falsifiziert oder verifiziert werden.

## 1. Ausgangssituation: Die Behauptung

In jüngster Zeit haben russische Politiker ihre Ablehnung gegen die von einigen ostmitteleuropäischen Staaten geforderte NATO-Erweiterung zum Ausdruck gebracht. Dabei wird u.a. argumentiert, im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands sei von westlichen Entscheidungsträgern die Nichtausdehnung der NATO nach Osten garantiert worden. Nach deutschen Presseberichten erklärte der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow Anfang Dezember 1995 in Wien, im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung sei mündlich vereinbart worden, die NATO nicht auf Osteuropa auszuweiten. Dies sei Bestandteil eines "Gentleman's Agreement" gewesen.<sup>1</sup>

Weniger apodiktisch in Hinblick auf westliche Zusagen formulierte Gorbatschow im Juni 1996: "Was die NATO angeht, so haben sie in mir den Gegner Nr. 1 einer Osterweiterung vor sich. Bei den Verträgen über die deutsche Einheit, an denen ich sehr direkt beteiligt war, gab es Einigkeit, daß die NATO nicht ausgeweitet wird, solange russische Truppen noch in Deutschland stationiert sind - und dies auch nach deren Abzug nicht stattfindet. Jetzt wird eine neue Grenze des Mißtrauens in Europa geschaffen, ein miserables Spiel. Anstatt Europa wirklich zu einigen, wird die NATO erneut zu einem Instrument des Kalten Krieges gemacht."<sup>2</sup>

Anatolij Tschernjajew, früherer außenpolitischer Berater des Präsidenten der UdSSR, hatte bereits während einer Diskussion auf der Wissenschaftlichen Jahrestagung des Göttinger Arbeitskreises vom 4. bis 6. Mai 1995 in Mainz die Publikation eines von der Gorbatschow-Stiftung edierten 800 Seiten umfassenden Dokumentenbandes angekündigt und bei dieser Gelegenheit erklärt: Man werde nachweisen, daß der sowjetischen Seite in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zugestanden worden sei, nach der Erweiterung der NATO auf das Territorium der ehemaligen DDR käme eine weitere Ausdehnung der NATO nicht in Betracht. US-Außenminister Baker habe bei seinen Gesprächen mit Gorbatschow in Moskau am 9. Februar 1990 betont, die USA würden keine zusätzliche Erweiterung der NATO nach Osteuropa anstreben. Bundeskanzler Kohl habe am folgenden Tag gegenüber der sowjetischen Delegation in Moskau ausgeführt, er lehne eine Erweiterung der NATO auf Osteuropa ab. Er sei auch nicht für die Stationierung von ausländischen Truppen in Ostdeutschland.<sup>3</sup>

Auf der Wehrkundetagung in München vom 3. bis 4. Februar 1996 erklärte der stellvertretende russische Verteidigungsminister Kokoschin in seinem Referat: "Die Sache ist, die NATO sollte kein Ersatz ("substitute") für das Europäische Sicherheitssystem sein. Die Ausdehnung der NATO, die eine Verletzung der offensichtlichen Verpflichtungen des Westens ist, die Allianz nach der Auflösung der Warschauer-Pakt-Organisation und der Zustimmung der UdSSR zur Vereinigung Deutschlands nicht auszudehnen, könnte das russische Vertrauen in die Politik des Westens fundamental unterminieren."<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 7.12.1995, S. 2; Frankfurter Allgemeine, 6.12.1995, S. 6.

<sup>2</sup> "Jelzin beneide ich nicht...". Der Präsidentschaftskandidat Michail Gorbatschow: Reformer werden nicht glücklich in Rußland, Freitag, No. 24, 7.6.1996, S. 4.

<sup>3</sup> Persönliche Aufzeichnungen des Verfassers über das Referat und den Diskussionsbeitrag von Tschernjajew am 5. Mai 1995 in Mainz.

<sup>4</sup> Englischsprachiges Manuskript des Referates von A.A. Kokoshin, "European Security: A View from Russia: The Paper for the 33d Munich Conference on International Security Problems, February 3-4, 1996", S. 4; vgl. auch den Bericht in der Süddeutschen Zeitung, 5.2.1996, S. 1.

## 2. Russische Stellungnahmen gegen eine NATO-Erweiterung

Aus der russischen Hauptstadt sind verwirrende Signale zu hören: Am 31. März 1996 wurde unter Bezug auf Itar-TASS vom gleichen Tage aus Moskau berichtet, eine Expertengruppe der russischen Duma bereite ein Dokument vor, um den Warschauer Pakt wiedererstehen zu lassen.<sup>5</sup> Zwar ist das Papier nicht verpflichtend, aber es könnte unter postkommunistischen Führern Osteuropas durchaus Nachdenken über eine eventuelle Anbindung an ein "nahes" Rußland auslösen. Ebenfalls Ende März rief der russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow auf einer Tagung der Verteidigungsminister der GUS in Moskau seine Ministerkollegen auf, gemeinsam gegen die geplante Osterweiterung der NATO vorzugehen. Diese sei der "wichtigste negative Faktor für die Sicherheit der Gemeinschaft".<sup>6</sup>

Wenige Tage später verneinte der russische Außenminister Jewgenij Primakow jegliche Verbindung zwischen der NATO-Erweiterung und der angestrebten GUS-Integration. Primakow: "Die Integration zwischen Rußland und anderen GUS-Staaten ist keine Reaktion, sondern ein objektiver Prozeß, der stattfindet, ob es anderen paßt oder nicht."<sup>7</sup>

Verteidigungsminister Gratschow hatte außerdem erklärt, eine Variante der europäischen Sicherheit, die sich auf das Nordatlantische Bündnis stütze, sei für Rußland nicht akzeptabel. "Die Alternative zu einer Erweiterung des Bündnisses sehen wir in einer Politik, die von gesamt-europäischen, nicht aber von blockbezogenen Interessen bestimmt wird."<sup>8</sup>

Beim Besuch des amerikanischen Außenministers Christopher in Moskau Ende März 1996 waren dagegen versöhnliche Töne von Seiten Primakows zu hören, der von einem bestimmten Spielraum für einen Kompromiß sprach. Man könne über vieles reden, wenn die NATO "sich nicht bis an die Grenzen Rußlands ausdehne".<sup>9</sup> Als Christopher am 20. März 1996 in Prag anführte, daß die Aufnahme neuer Mitglieder in das atlantische Bündnis nicht mehr aufzuhalten sei, antwortete Jelzin indirekt gegenüber NATO-Generalsekretär Javier Solana am Ende von dessen zweitägigem Besuch in der russischen Hauptstadt, Primakow habe zuletzt die russische Position zu milde beschrieben. Er kündigte an, diese nunmehr härter vorzutragen.<sup>10</sup>

Jelzin selbst hatte bei seinem Besuch am 25. März 1996 in Norwegen eine Kompromißformel angedeutet, als er auf eine französische Lösung für die aufnahmebereiten Staaten Osteuropas verwies. Einen Tag später korrigierte der Sprecher des Präsidenten, Sergej Medwedjew, in einem Interview, Boris Jelzin habe als er von der "französischen Variante" sprach, nicht irgendeine Form der NATO-Erweiterung, sondern eine Zusammenarbeit im Rahmen dieser Struktur im Auge gehabt. Medwedjew betonte, es sei "auf gar keinen Fall von einer Teilnahme der Länder Mittel- und Osteuropas an den militärischen Strukturen der NATO die Rede, da dies dazu führen würde, daß die Militärmaschine der NATO unmittelbar an die russischen Grenzen heranrücken würde."<sup>11</sup> Doch läßt auch diese Äußerung des russischen Pressesekretärs einigen Interpretationsraum.

<sup>5</sup> Vgl. Reuter, 31.3.1996.

<sup>6</sup> Vgl. Itar-TASS, russ., 27.3.1996.

<sup>7</sup> Vgl. Interfax, russ., 28.3.1996. Primakows Äußerung könnte als Antwort auf Verteidigungsminister Pawel Gratschow verstanden werden, der mehrfach erklärt hatte, Moskau werde einen militärischen Block von GUS-Staaten zusammenführen, um einer ausgedehnten NATO entgegenzuwirken.

<sup>8</sup> Vgl. Itar-TASS, russ., 27.3.1996.

<sup>9</sup> Russische Sprecher gehen davon aus, daß bereits eine eventuelle Aufnahme der sogenannten Visegrad-Staaten in die NATO diese an russische Grenzen führen werde. Nur Polens NATO-Aufnahme würde jedoch die NATO an die Grenzen des russischen Oblast Kaliningrad heranführen.

<sup>10</sup> Vgl. Itar-TASS russ., 21.3.1996.

<sup>11</sup> Vgl. Itar-TASS, russ., 26.3.1996.



Mitte März 1996 war noch beim Besuch des ungarischen Außenministers Laszlo Kovacs in Moskau verlautet worden:

"Jewgenij Primakow nutzte das Treffen mit dem Außenminister eines Landes, das den Anspruch erhebt, als eines der ersten der NATO beizutreten, um zum wiederholten Male zu erklären, daß die Erweiterung des Nordatlantischen Bündnisses für Rußland unannehmbar sei. Die negative Haltung Rußlands, so sagte er, sei unveränderlich und "unterliege keiner Erosion". Einen Kompromiß sieht der russische Minister in der Nichtausweitung der militärischen Strukturen des Bündnisses nach Osten."<sup>12</sup>

Im Bericht über den Prag-Besuch Primakows Anfang März 1996 hatte es zuvor geheißt:

"Primakow betonte, daß 'wenn auf dem Territorium Tschechiens taktische NATO-Raketen mit nuklearen Sprengköpfen stationiert werden, die Frage der subjektiven Absichten Prags für Rußland in den Hintergrund tritt'."<sup>13</sup>

Die Äußerungen des russischen Ministers könnte man als sensationell einstufen. Aus ihnen folgt gleichsam, daß Rußland keine Einwände gegen einen NATO-Beitritt Tschechiens hat, vorausgesetzt, das Land gestattet nicht die Stationierung von Raketen auf seinem Territorium. Aus dem weiteren Text geht jedoch hervor, daß die bekannte Position Rußlands zur NATO-Erweiterung bleibt, wie sie ist. Sie ist laut Primakow nicht "konjunkturbedingt und nicht vom Wahlkampf beflügelt".<sup>14</sup>

In einem Interview nach seiner Reise in die Slowakei in den ersten Tagen des März 1996 erklärte Primakow auf die Frage, ob er in Bratislava die Frage der Osterweiterungspläne der NATO angesprochen habe:

"Die Slowakei gehört zur Visegrad-Gruppe, die aus vier Staaten besteht, die der Meinung sind, als erste in die NATO aufgenommen werden zu müssen. Ich habe meinen slowakischen Partnern gesagt, daß es Rußland fernliege, ein Vetorecht gegen den NATO-Beitritt irgendeines Staates zu beanspruchen, daß Rußland aber absolut berechtigt sei, seine Interessen zu verteidigen. Die NATO-Erweiterung liegt nicht im Interesse Rußlands, und in dieser Feststellung zeigt sich, wie mir scheint, Einigkeit der russischen Gesellschaft und Einigkeit des Außenministeriums mit praktisch allen Fraktionen im Parlament. Die Erweiterung der NATO schafft für uns eine schlechte geopolitische Situation. Das ist auch vom militärischen Standpunkt nicht in unserem Interesse, denn es geht um das Vorrücken der Infrastruktur eines mächtigen Militärblocks an unsere Grenzen. Auch psychologisch, wenn Sie so wollen, ist das für uns schwer hinzunehmen".<sup>15</sup>

Aus Anlaß der Aufnahme der Russischen Föderation in den Europarat erklärte Primakow Ende Februar 1996 in Straßburg:

"Die Pläne zur Ausweitung der NATO schaffen für uns in jeder Hinsicht eine stark verschlechterte Situation: politisch, psychologisch, militärisch und geopolitisch. Uns wird manchmal gesagt, die NATO sei nicht gegen Rußland gerichtet, und deshalb können wir ihre Osterweiterung vorbehaltlos akzeptieren. Das ist kein Argument. (...) Ich möchte betonen: Wenn wir die Frage der NATO-Erweiterung ansprechen, dann heißt das keineswegs, daß wir irgendein Veto einlegen oder mit der Faust auf den Tisch schlagen, um zu verhindern, daß die osteuropäischen Länder dem Nordatlantischen Bündnis beitreten. Nein, so ist das nicht. Da jedes Land seine eigenen nationalen Interessen hat, möge man auch Rußland gestatten, solche

---

<sup>12</sup> Vgl. Segodnja, 12.3.1996, S. 3.

<sup>13</sup> Vgl. Segodnja, 6.3.1996, S. 2.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Vgl. Izvestija, 6.3.1996, S. 3.

Interessen zu haben und diese zu verteidigen, wenn es meint, daß sie durch die NATO-Erweiterung bedroht sind".<sup>16</sup>

Der Nachfolger Kosyrews hatte sich offensichtlich auf eine werbende Tonlage eingestimmt, um die Interessenlage der Russischen Föderation weniger konfrontativ vorzutragen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Präsident Jelzin zu Beginn des Dialogs mit den osteuropäischen Staaten sogar bereit war, den Polen den von ihnen gewünschten Beitritt zu gestatten.<sup>17</sup>

Der entsprechende Passus der "Gemeinsamen Erklärung" vom 25. August 1993 lautete: "Die Präsidenten berührten auch die Frage der Absicht Polens, in die NATO einzutreten. Präsident Lech Wałęsa legte die diesbezügliche Haltung Polens dar, was von Präsident Boris Jelzin mit Verständnis aufgenommen wurde. Auf lange Sicht steht eine solche auf die gesamteuropäische Integration ausgerichtete Entscheidung des souveränen Polen nicht im Widerspruch zu den Interessen anderer Staaten. So auch nicht zu den Interessen Rußlands."

Aus der Erklärung wird deutlich, daß eine mögliche NATO-Aufnahme Polens mit der Stärkung gesamteuropäischer Strukturen verknüpft werden sollte. In der "Gemeinsamen Erklärung" hieß es weiter: "Beide Staaten haben die Absicht, das aktive Zusammenwirken im Rahmen der KSZE fortzusetzen und die Zusammenarbeit mit dem Europarat, der EG, der NATO und der WEU zu entwickeln, um die Unumkehrbarkeit der Veränderungen in Mittel- und Osteuropa zu gewährleisten und auf dem Kontinent ein Klima des Vertrauens und der Partnerschaft zu schaffen."

Dieser Position war unmittelbar vor dem Polenbesuch Jelzins von Außenminister Kosyrew widersprochen worden. Kosyrew hatte Polen wie auch die Tschechische und Slowakische Republik vor einem Beitritt zur NATO gewarnt. Dies würde die reaktionären Kräfte in Rußland stärken, was zu einer neuen Konfrontation zwischen Rußland und der NATO führen könne. Vielmehr, so Kosyrew, sollten die drei Länder (Ungarn wurde nicht erwähnt) zwischen Rußland und dem Westen eine "Brückenfunktion" einnehmen. Der russische Außenminister hatte nach Presseberichten das fortbestehende Interesse Rußlands an Osteuropa betont, dabei jedoch zugleich unterstrichen, Rußland beabsichtige nicht, ein neues Hegemonialsystem aufzubauen.<sup>18</sup>

Jelzin wurde nach den üblichen bürokratischen Abstimmungsprozessen in Moskau korrigiert. In persönlichen Schreiben an die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens vom 30. September bzw. vom 1. Oktober 1993 relativierte er die in Warschau abgegebene Aussage. Dabei berief er sich auf die mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag geschaffenen Rahmenbedingungen und auf die konkrete Einbeziehung Ostdeutschlands in die NATO. Er stellte letztere als die Festlegung des Status quo dar. Anstelle einer Erweiterung des NATO-Gebietes nach Osteuropa schlug Jelzin in den Briefen vor, Rußland und die NATO sollten gemeinsam die Sicherheit Mitteleuropas durch eine enge Kooperation garantieren. Dabei müßten die Beziehungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation dem Verhältnis zwischen der westlichen Allianz und Ostmitteleuropa immer einen Schritt voraus sein.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Vgl. *Nezavisimaja Gazeta*, 1.3.1996, S. 2.

<sup>17</sup> Vgl. Gemeinsame Erklärung der Präsidenten Jelzin und Wałęsa nach Abschluß des Besuchs des russischen Präsidenten in Warschau vom 24. bis 26. August 1993, in: *Rzeczpospolita*, 26.8.1993, S. 1 u. 21.

<sup>18</sup> Ebenda.

<sup>19</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* 3./4.10.1993; Boris Meissner, Die äußere Seite der Wiedervereinigung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen - das zweiseitige Vertragsswerk von 1990 und seine Bedeutung für das deutsch-russische Verhältnis. Festschrift für K. Stern. München Beck 1997 (im Druck), Lothar Rühl, Jenseits der "Partnerschaft für den Frieden". Eine neue Demarkationslinie durch Europa, in: *Europa-Archiv*, No. 4, 1994, S. 101-108.

Vereinzelt wurde danach als künftige Konsequenz einer NATO-Erweiterung mit einem "kalten Frieden" gedroht.<sup>20</sup>

### 3. Analyse

Die Teilung Deutschlands, die durch den Truppenvertrag von 1957 vereinbarte Stationierung der Gruppe sowjetischer Streitkräfte in der DDR (bzw. in Deutschland) und die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt waren das Herzstück der sowjetischen Sicherheitskonzeption.<sup>21</sup> Die schlagkräftigsten sowjetischen Truppen, zuletzt ca. 340.000 Mann, waren in Ostdeutschland stationiert.<sup>22</sup> Aber die Teilung Deutschlands war auch mehr: Sie war für Moskau der sichtbare Preis, den Deutschland für seinen verbrecherischen Krieg gegen die Völker der UdSSR zu zahlen hatte, eine immer notwendiger werdende Bestätigung, daß die Sowjetunion eine gewaltige kriegerische Auseinandersetzung mit einem starken Gegner erfolgreich bestehen konnte. Zugleich hielt die sowjetische Diplomatie an der Vorherrschaft über Ostdeutschland auch deshalb fest, weil diese eine zusätzliche Legitimation für den Erfolg der kommunistischen Ideologie bot.

Bis zum Jahre 1989 schien das internationale System auf stabilen Grundlagen errichtet: Europa war von zwei Hegemonialmächten dominiert, zwei Militär- und Wirtschaftsblöcke hielten sich im Gleichgewicht. Niemand hätte es wohl für möglich gehalten, daß das bestehende internationale System durch Implosion und Revolution und noch dazu mit Zustimmung der sowjetischen Führer ausgehebelt werden könnte. Als Folge der Hiobsbotschaften aus Ostberlin sowie unter Berücksichtigung der eigenen Konzeptionen des "neuen Denkens" gelangte an der Wende des Jahres 1989/90 die Gorbatschow-Führung zur Auffassung, daß die DDR nur noch schwerlich zu stabilisieren sei.<sup>23</sup>

Georgij Schachnasarow<sup>24</sup>, seit März 1988 Gehilfe des Generalsekretärs und danach ab 15. März 1990 Gehilfe des Präsidenten der UdSSR bis zum Ende der Sowjetunion, notierte: Auf einer Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU am 2. Januar 1990 sei es zu einer Diskussion auch über die in Osteuropa entstandene Lage gekommen. Dabei habe Gorbatschow

<sup>20</sup> So Jelzin am 5. Dezember 1994 in Budapest in seiner Rede anläßlich der Umwandlung der KSZE in die OSZE. Der russische Präsident hatte ausgeführt: "Europa, das es nicht geschafft hat, vom Erbe des Kalten Krieges loszukommen, läuft Gefahr, vom Kalten Frieden bedroht zu werden." Außenminister Kossyrew beschuldigte die NATO am 13. September 1995 der Fortsetzung des militärischen Denkens und warnte vor einem "Kalten Frieden". Dieser trete ein, wenn die Entwicklung der Ereignisse in Europa die Welt in Richtung geschlossener militärischer Gruppierungen treibe. Für eine solche Situation sei Rußland jedoch nicht verantwortlich.

<sup>21</sup> Der Truppenstationierungsvertrag und weitere Rechtsvorschriften zur Anwesenheit sowjetischer Streitkräfte in Deutschland vgl. SAPMO-BArch (Bestand Krenz), DY 30/IV 2/2.039/205.

<sup>22</sup> Vgl. u.a. Philip Zelikow; Condoleezza Rice: *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft.* Cambridge Mass.; London: Harvard University Press 1995, S. 2, Gregor Schöllgen, *Geschichte der Weltpolitik 1941-1991*, München: Beck 1996, Kap. 3.

<sup>23</sup> Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staats.* Opladen: Westdeutscher Verlag 1996 (Angekündigt); Gerhard Wettig, *Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR. Ursachen und Vorgänge*, in: *Am Ende des realen Sozialismus: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch.* Herausgegeben von Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hansjörg F. Buck und Gunter Holzweißig. Opladen: Leske und Budrich (im Druck).

<sup>24</sup> Schachnasarow war zuvor stellvertretender Leiter der Abteilung des ZK (Otdel CK), die für die Beziehungen zu den regierenden Kommunistischen Parteien zuständig zeichnete. Schwerpunkt seiner Arbeit waren die DDR, Polen, die Tschechoslowakei und Kuba. Vgl. Georgij Šachnazarov, *Cena svobody. Reformacija Gorbačeva glazami ego pomošnika.* Moskau: Rossika Zevs, 1993, S. 95.

ausgeführt: "Hier sind äußerst komplizierte, in einigen Fällen gefährliche Situationen entstanden, die uns eine ausgewogene Politik abverlangen. Es gilt Lehren aus den Erfahrungen dieser Länder, ganz besonders aus den Erfahrungen der DDR, zu ziehen: Sie verfügte über die best-situierteste Gesellschaft der sozialistischen Staatengemeinschaft."<sup>25</sup> Diese Einschätzung, die viele russische Analytiker teilten, wurde jedoch durch die folgende Anklage entwertet, die auch die russische Enttäuschung über den Kurs Honeckers widerspiegelt. Gorbatschow kam im Januar 1990 zu der Auffassung: "Doch in Berlin hatte man keine Lust gehabt, die Notwendigkeit einer Umgestaltung rechtzeitig zu erkennen. Auch bei uns gibt es jetzt allerhand Verwirrung in den Köpfen. Kein Wunder, denn vor unseren Augen bricht das Nachkriegssystem zusammen, mit dem mehrere Generationen gelebt haben; die Menschen glaubten, es werde ewig bestehen. Es kommt darauf an, den Volksmassen das auseinanderzusetzen, was wir alle verstehen: Es vollziehen sich geschichtliche Wandlungen, die sich auf die kommenden Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte auswirken werden. Für die politische Praxis heißt das, dem Leben entgegenzutreten und auf das Treffen von Entscheidungen von großer Tragweite vorbereitet zu sein. Es ist erforderlich, das Fortbestehen der wirtschaftlichen und politischen Verbindungen auf jede Weise zu fördern, ohne sich einzumischen."<sup>26</sup> Dabei muß offen bleiben, ob die DDR seit Anfang der achtziger Jahre überhaupt noch zu stabilisieren war. Letztlich hing sie sowohl am Tropf der UdSSR, von der sie weitgehend ökonomisch und militärisch abhängig war, wie auch am wirtschaftlichen Tropf der Bundesrepublik Deutschland.

Gut drei Wochen später, am 26. Januar 1990, zog Gorbatschow Schlußfolgerungen. Außerhalb der Routine des Politbüros rief er seine engsten, für die DDR und für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mitarbeiter aus der Partei- und Staatsbürokratie in seinem Arbeitszimmer zusammen. Diesem Kreis gehörten an: Gorbatschow, Jakowlew, Schachnasarow, Tschernjajew, Ryshkow, Schewardnadse, Krjutschkow, Achromejew, Falin und dessen Stellvertreter Fjodorow.<sup>27</sup>

Tschernjajew schreibt über diese Beratung, er (Tschernjajew) habe dafür plädiert, sich an der BRD zu "orientieren", da die UdSSR in der DDR keinen Rückhalt mehr habe. Er habe sich im Gegensatz zu Fjodorow auch dafür ausgesprochen, auf Kohl und nicht auf die SPD zu setzen. Kohl sei in seinen Beziehungen zu Gorbatschow zuverlässiger, fühle sich den NATO-Partnern verpflichtet und wolle die Wiedervereinigung durchaus in einem gesamteuropäischen Prozeß. Die Krisensitzung beschloß, Marschall Achromejew zu beauftragen, den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR vorzubereiten.<sup>28</sup>

Diese Darstellung Tschernjajews enthält keinen Hinweis über Besorgnisse vor dem Verlust Osteuropas. Erstaunlich ist, daß der ehemalige Mitarbeiter des für westliche Staaten und Parteien zuständigen ZK-Sekretärs, des traditionalistischen Ponomarjow, die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland in der NATO schon zu einem frühen Zeitpunkt ausdrücklich positiv

<sup>25</sup> Georgi Schachnasarow, Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater. Herausgegeben von Frank Brandenburg. Bonn: Bouvier, 1996, S. 149.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Gorbatschows wichtigster außenpolitischer Gehilfe, Anatolij Tschernjajew hatte ebenfalls bereits Anfang Januar 1990 erkannt, daß sich die osteuropäischen Staaten von der UdSSR abwandten und die Reste der Internationalen Kommunistischen Bewegung zerfielen. Man müsse sich von Leninschen Stereotypen verabschieden, hatte er im gleichen Zusammenhang am 21. Januar 1990 in seinem Tagebuch notiert. Doch Gorbatschow halte sich noch zurück, er habe Angst davor, "die Taue zu kappen". Vgl. Anatoli Tschernajew, Die letzten Jahre einer Weltmacht. Stuttgart: DVA 1993, S. 279.

<sup>28</sup> Vgl. Tschernajew 1993, S. 296f. Siehe auch Aleksandr Galkin, Anatolij Černjaev, in: Svobodnaja mysl', Januar-Februar 1994, S. 26; Valentin Falin, Politische Erinnerungen. München, Droemer-Knaur 1993, S. 489f.

einschätzte, auch wenn er sich schon zuvor als Querdenker profilierte. Tschernjajew, der zuletzt Gorbatschow beriet und auch heute in dessen Stiftung tätig ist, dürfte Gorbatschow in späteren Monaten behilflich gewesen sein, den notwendigen Kompromiß hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu schließen. Um so bemerkenswerter ist es, daß er nunmehr die Gegner einer NATO-Erweiterung nach Osten mit Argumenten bedient, die aus den Monaten vor der Wiedervereinigung Deutschlands stammen sollen.

Auch Georgij Schachnasarow berichtet in seinem Buch "Cena svobody" über die zuletzt erwähnte Sitzung in Gorbatschows Kabinett. Er zitiert die Ausführungen Gorbatschows auf dieser Zusammenkunft im Wortlaut: "Die Entwicklungen in Deutschland bringen uns wie auch unsere Freunde und die Westmächte in eine schwierige Situation. Die SED zerfällt. Jetzt ist schon klar, daß die Vereinigung unausweichlich ist und wir nicht das moralische Recht haben, sich ihr entgegenzustellen. Unter diesen Bedingungen muß man die Interessen unseres Landes maximal verteidigen, indem man darauf hinwirkt, daß die Grenzen anerkannt, ein Friedensvertrag mit dem Austritt der BRD aus der NATO - mindestens mit dem Abzug ausländischer Truppen und der Demilitarisierung ganz Deutschlands - geschlossen wird. Man muß unseren Freunden raten, über die Möglichkeit einer Vereinigung der SED mit der SPD nachzudenken."<sup>29</sup>

Hier wird deutlich, daß Gorbatschow im internen Kreis entweder Maximalforderungen aufstellte - um von sich möglicherweise interne Kritik abzuweisen - oder Illusionen über den Spielraum sowjetischer Diplomatie hegte. Insbesondere die Idee des Austritts der Bundesrepublik aus der NATO, einer Demilitarisierung Gesamtdeutschlands oder der Vereinigung von SED und SPD gehörten von Anfang an zu den unerfüllbaren Hoffnungen des Generalsekretärs.

Gorbatschow ging davon aus, die sowjetische Gesellschaft werde auf die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland als Trauma empfinden. Er sprach bereits offen vom "Verschlingen" (pogloschtschenije) der DDR durch die Bundesrepublik. Gorbatschow: "Unsere Gesellschaft nimmt das Losreißen der DDR schmerzlich wahr, noch mehr das Verschlingen durch die BRD. Es leben noch einige Millionen Frontkämpfer. Nicht nur Menschen der alten Generation, sondern auch die Jungen haben sich daran gewöhnt, im sozialistischen Deutschland eine Säule der heutigen Welt zu sehen. Dem gesellschaftlichen Bewußtsein wird ein ernsthaftes Trauma zugefügt. Aber man kann nichts dagegen machen."<sup>30</sup>

Übrigens kommt der enge Gorbatschow-Berater Schachnasarow seinerseits zu dem etwas Schluß: "Schlecht war natürlich, daß es nicht gelungen war, gleichzeitig mit dem Warschauer Pakt auch die NATO aufzulösen. Aber das ist eine Frage der Zeit. Es besteht kein Anlaß, den Militärblocken nachzutruern. Das ist Europas Vergangenheit. Die Sicherheit muß natürlich auf einer vernünftigen kollektiven Grundlage aufgebaut werden."<sup>31</sup>

### ***3.1 Unklare Signale aus Bonn und Washington***

#### ***3.1.1 Genschers Rede in Tutzing***

Wenn im folgenden Aussagen westlicher Politiker aus den Wintermonaten 1990 noch einmal in Erinnerung gerufen werden, dann muß an die dramatische und unerwartete Situation nach dem Fall der Mauer, den Revolutionen in Osteuropa und dem Treffen des sowjetischen und des US-

---

<sup>29</sup> Vgl. Šachzarov 1993, S. 125.

<sup>30</sup> Ebenda.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 128.

Präsidenten in Malta erinnert werden. Wohl kaum jemand aus Politik und Wissenschaft hatte mit diesem Jahrhundertereignis gerechnet, niemand hatte vorausgesehen, daß sich die sowjetische Führung bereits im Dezember/Januar 1989/90 mit der Einheit Deutschlands abfinden würde. Niemand konnte zu dieser Zeit verantwortungsvolle Politik auf der Grundlage der Prognose eines Rückzugs sowjetischer Truppen aus der DDR oder allen osteuropäischen Staaten und gar des Zusammenbruchs der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreiben. Größte westliche Zurückhaltung und besonders deutsches Verständnis für die sowjetischen Reformstrategien war geboten. Hierbei ging es nicht nur um die flankierende Absicherung von Aktionen, sondern auch um den wichtigen Machterhalt von Personen.

Hinsichtlich der Verschiebung der Machtbalance zuungunsten der UdSSR nahm daher der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher von Anfang an eine abwiegelnde Haltung ein. Einerseits wollte er die Vereinigung Deutschlands mit allen Kräften fördern, andererseits aber keine zusätzliche Veränderung des Kräftegleichgewichts stimulieren, welche dieses Werk gefährdet hätte. Wenn von "zusätzlichen Veränderungen" geschrieben wird, dann deswegen, weil der geschichtliche Prozeß geradezu notwendigerweise die Macht der UdSSR reduzieren und Gegenreaktionen auslösen mußte.

In einer grundlegenden Rede vom 31. Januar 1990 in Tutzing suchte Genscher einen Balanceakt zu vollführen. Der Bundesaußenminister damals wörtlich: "Im Warschauer Pakt verstärkt sich in Polen, in der CSSR und in Ungarn der Wunsch nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte. Welche Auswirkungen das auf die Struktur und auf die Zukunft des Warschauer Pakts hat, kann derzeit nicht genau bestimmt werden. Es handelt sich dabei allein um eine Angelegenheit des Warschauer Pakts. Das Gebot der Nichteinmischung ist hier besonders ernst zu nehmen.

Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenze der Sowjetunion heran, wird es nicht geben. Diese Sicherheitsgarantien sind für die Sowjetunion und ihr Verhalten bedeutsam. Der Westen muß auch der Einsicht Rechnung tragen, daß der Wandel in Osteuropa und der deutsche Wiedervereinigungsprozeß nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen darf.

Die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, wird ein hohes Maß an europäischer Staatskunst verlangen. Vorstellungen, daß der Teil Deutschlands, der heute die DDR bildet, in die militärischen Strukturen der NATO einbezogen werden sollte, würden die deutsch-deutsche Annäherungen blockieren. Bedeutsam ist, sich Klarheit über die künftige Rolle der beiden Bündnisse zu verschaffen. Sie werden von der Konfrontation zur Kooperation übergehen und Elemente kooperativer Strukturen der Sicherheit in ganz Europa werden. Das westliche Bündnis wird nach dem Willen seiner Mitglieder fortbestehen, denn die Bündnisse haben auch in Zukunft friedensichernde und stabilisierende Funktion. Das schließt unseren Verbleib in der NATO ein. Ein deutscher Neutralismus würde niemandem nutzen. (...) "<sup>32</sup>

Diese Ansprache wäre im Sinne der russischen Deutung interpretierbar, da der Zusammenhang mit den sehr bald zu vermutenden Bestrebungen der Länder des Warschauer Paktes, sich des Zugriffs des Paktes zu entziehen, direkt gegeben ist. Allerdings folgt in dieser Rede unmittelbar danach eindeutig der Bezug auf die DDR. Daher wird diese Genscher-Rede nur im Zusammenhang des zeitlichen Faktors, d.h. vor der offiziellen sowjetischen Adaption und vor den Veränderungen im osteuropäischen Raum, einschließlich des Zusammenbruchs der UdSSR am 25.

---

<sup>32</sup> Rede Genschers in der Evangelischen Akademie Tutzing, "Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen", in: Der Bundesminister des Auswärtigen, Mitteilungen für die Presse, Nr. 1026/9, S. 29f. Der Text ist neben französisch und englisch auch auf russisch verbreitet worden.

Dezember 1991, verständlich. Doch diese Rede schafft sicherlich Probleme. Genscher ging es darum, frühzeitig Rahmenbedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen, um wohl nichts anderes. Teltschik notierte denn auch, positiv kommentierend: "Genscher versucht, Pflöcke einzurammen, seine Besorgnis teile ich nicht."<sup>33</sup>

Bei Kiessler/Elbe hieß es, Genscher habe am 31. Januar 1990 in der Evangelischen Akademie Tutzing ausgeführt: "Sache der NATO ist es, eindeutig zu erklären: Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heißt näher an die Grenzen der UdSSR heran, wird es nicht geben."<sup>34</sup> Allerdings hatten sich nach Kiessler und Elbe die Außenminister von USA und BRD schon wenig später, am 1. Februar, "auf die Tutzing-Formel" geeinigt.<sup>35</sup> Auch sie beschreiben diese allerdings stets so, als hätte sie sich nur auf das zu vereinigende Deutschland bezogen.

Demgemäß stellte die Tutzing-Formel eine innerwestliche mündliche Übereinkunft dar, die sich vermutlich vorwiegend auf Ostdeutschland bezog. Das wurde auch von Genscher indirekt bestätigt. Laut dessen Darstellung des Washingtoner Treffens mit US-Außenminister Baker vom 1. Februar 1990 ging es nur um das Aushandeln eines besonderen Status für die DDR, der "wohl bezüglich der Ausgestaltung der NATO-Mitgliedschaft" gefunden werden müsse.<sup>36</sup>

### 3.1.2 *Bakers Gespräche in Moskau*

Eine solche Interpretation ist freilich nicht unproblematisch, da US-Außenminister Baker sogar im persönlichen Dialog mit Gorbatschow in Moskau am 9. Februar 1990 mißverständlichen Formulierungen der Sowjets zugestimmt haben soll. Bei den damaligen Mitarbeitern im National Security Council, Zelikow und Rice, wird das Gespräch Baker-Gorbatschow wie folgt wiedergegeben:

"Baker fragte Gorbatschow direkt, ob er lieber ein unabhängiges Deutschland, ohne US-Truppen auf deutschem Boden, außerhalb der NATO sehen würde oder ein vereinigtes Deutschland, angebunden an die NATO, aber mit Verpflichtungen, 'daß es keine Erweiterung der gegenwärtigen NATO-Jurisdiktion nach Osten geben werde'. Gorbatschow antwortete, daß er über diese Optionen nachdenke. 'Wir werden bald ein Seminar (d.h. eine Diskussion) innerhalb unserer politischen Führung haben, um über alle diese Optionen zu sprechen'. Eine Sache war klar: 'Irgendeine Erweiterung der NATO-Zone ist inakzeptabel.' 'Ich stimme dem zu', antwortete Baker."<sup>37</sup>

Etwas anders wird diese Begegnung vom ehemaligen sowjetischen Präsidenten dargestellt. In seinen "Erinnerungen" geht er ausdrücklich im Abschnitt "Die Formel Zwei plus Vier" auf das Gespräch mit Baker am 9. Februar 1990 ein.<sup>38</sup> Der damalige US-Außenminister Baker habe ihm folgendes gesagt: "Ich möchte Ihnen eine Frage stellen, die Sie nicht sofort zu beantworten brauchen. Angenommen, es kommt zur Wiedervereinigung, was würden Sie vorziehen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, außerhalb der NATO, ganz selbständig, ohne amerikanische

<sup>33</sup> Vgl. Horst Teltschik, 328 Tage. Innenansichten der Einigung. Berlin: Siedler 1991, S. 123.

<sup>34</sup> Vgl. R. Kiessler, F. Elbe, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden: Nomos 1993, S. S. 80.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 111. Bei Genschers "Erinnerungen" fehlt bei der summarischen Darstellung der Rede in Tutzing vom 31. Januar 1990 jeder Hinweis auf eine wie bei Kiessler/Elbe dargestellte Forderung an das westliche Bündnis. Vgl. Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen. Berlin: Siedler 1995, O., S. 713f.

<sup>36</sup> Vgl. Genscher 1995, S. 715ff, 722ff.

<sup>37</sup> Vgl. Zelikow; Rice 1995, S. 183.

<sup>38</sup> Diese Darstellung findet sich in Michail Gorbatschow, Erinnerungen. Berlin: Siedler 1995, S. 715f.

Truppen, oder ein wiedervereinigtes Deutschland, das Verbindungen zur NATO aufrechterhält, verbunden mit der Zusicherung, weder die Rechtsprechung noch die Truppen der NATO auf Territorien auszudehnen, die östlich der jetzigen NATO-Grenze liegen?"<sup>39</sup> Gorbatschow schätzt nachträglich ein:

"Im Grunde genommen wurde der letzte Satz Bakers zum Kern jener Formel, auf deren Grundlage später ein Kompromiß hinsichtlich des militärpolitischen Status Deutschlands erreicht werden konnte. Damals war ich jedoch nicht bereit, sie zu akzeptieren."<sup>40</sup> Und er habe Baker gegenüber ausgeführt:

"Eine Erweiterung des NATO-Gebietes jedenfalls sei inakzeptabel. Baker hingegen glaubte nicht daran, daß beispielsweise die KSZE irgendwann in der Lage sein würde, die NATO abzulösen."<sup>41</sup>

Um es noch einmal deutlich zu unterstreichen: Gorbatschow lehnte zwar eine Erweiterung des NATO-Gebietes ab, interpretierte jedoch die von Baker gegebene mündliche "Zusicherung, weder die Rechtsprechung noch die Truppen der NATO auf Territorien auszudehnen, die östlich der jetzigen NATO-Grenze liegen", einschränkend als Kern jener Formel, "auf deren Grundlage später ein Kompromiß hinsichtlich des militärpolitischen Status Deutschlands erreicht werden sollte" - und beläßt dies dabei. Auch dies würde dafür sprechen, daß es sich nur um eine Formel hinsichtlich der Vereinigung Deutschlands gehandelt hat.

In den Baker-Memoiren wird das Treffen mit Gorbatschow und Schewardnadse am 9. Februar 1990 selbstverständlich ebenfalls erwähnt. Demnach ging es dem US-Außenminister vor allem darum, die Einschaltung der KSZE oder die Beschränkung der Verhandlungen hinsichtlich der Vereinigung Deutschlands auf die vier Siegermächte zu verhindern und die Gespräche als Zwei-plus-Vier- und nicht als Vier-plus-Zwei-Verhandlungen aufzunehmen. Das NATO-Problem hinsichtlich Osteuropas wird von Baker an dieser Stelle nicht angesprochen.<sup>42</sup>

Teltschik notiert jedoch, daß Baker ihn informierte, über die "Frage der NATO-Mitgliedschaft sei gesprochen worden. Gorbatschow habe sich bereit erklärt, über alle Lösungsmöglichkeiten nachzudenken, aber hinzugefügt, daß für ihn eine Ausdehnung der NATO nicht akzeptabel wäre. Kohl und Genscher sind über den Inhalt dieser hilfreichen und präzisen Unterrichtung sichtlich beruhigt."<sup>43</sup>

Beschloss und Talbot beschreiben, daß Baker und Genscher zuvor in Washington übereingekommen seien, bei den bevorstehenden Besuchen in Moskau im Februar 1990 auf eine rasche Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschland in der NATO zu drängen und gleichzeitig den Sowjets zu versichern, daß "kein Interesse an einer Ausdehnung der NATO nach Osten bestünde".<sup>44</sup> Nach dieser Darstellung befragte Baker am 9. Februar 1990 Gorbatschow in Moskau:

"Oder ziehen Sie ein wiedervereinigtes Deutschland vor, das an die NATO-Beschlüsse gebunden ist, während gleichzeitig gewährleistet ist, daß die NATO ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten ausweitet?"

---

<sup>39</sup> Ebenda, S. 716.

<sup>40</sup> Ebenda.

<sup>41</sup> Ebenda.

<sup>42</sup> Vgl. James A. Baker III (mit T. M. Defrank), *The Politics of Diplomacy: Revolution, War and Peace, 1989-1992*. New York: G. P. Putnam's Sons 1995, S. 202-206.

<sup>43</sup> Baker, der gerade aus Moskau abgereist war, als Kohl dort eintraf, hatte demnach einen Brief hinterlassen, der von Botschafter Blech noch auf dem Flughafen Teltschik für den Bundeskanzler zugesteckt wurde. Vgl. Teltschik, a.a.O., S. 137f.

<sup>44</sup> Vgl. Martin Beschloss; Strobe Talbot, *Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991*. Düsseldorf: Econ 1993, S. 244.



Gorbatschow habe gekontert, er könne keine Ausdehnung der NATO-Zuständigkeiten akzeptieren. Baker zog daraus nach Beschloss und Talbot den eingrenzenden Schluß, "Gorbatschow könne eine NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland unter der Voraussetzung akzeptieren, daß das Gebiet der ehemaligen DDR von Aktivitäten und Operationen der NATO ausgeschlossen bliebe."<sup>45</sup>

### **3.2 *Ein erster Durchbruch***

#### *3.2.1 Bundeskanzler Kohl im Februar 1990 in Moskau*

Ende Januar 1990 mußte DDR-Ministerpräsident Modrow in Moskau den Bankrott der DDR zugeben. Zu der Einsicht, daß die DDR nicht mehr zu halten sei, war auch der engere Kreis um Gorbatschow am 26. Januar 1990 gekommen. Daher suchte die sowjetische Führung nach einem Ausweg. Doch stand nicht mehr das "Ob, sondern nur noch das Wie einer Vereinigung" auf der Tagesordnung. Moskau und Ost-Berlin sahen in einer schrittweisen Annäherung und längeren Kooperation mit Deutschland sowie dem Verbleiben in den jeweiligen Pakten einen gangbaren Weg. Nach Verkündung des Modrow-Plans, der mit dem Kreml abgestimmt war, wurden der deutsche Kanzler und der Außenminister für den 10. Februar 1990 nach Moskau eingeladen. Überraschend für die westdeutsche Seite gestand Gorbatschow zu, daß die innere Vereinigung der Deutschen allein deren Angelegenheit sei. Vorbehalte meldete er jedoch bei der Regelung der äußeren Aspekte Deutschlands an. Diese seien im "Kontext der Realitäten" zu sehen (Unantastbarkeit der Grenzen, Anerkennung der territorial-politischen Realitäten der Nachkriegszeit, Festlegung des militärpolitischen Status des vereinten Deutschland sowie "Verknüpfung des gesamteuropäischen Prozesses mit dem der deutschen Wiedervereinigung").<sup>46</sup>

Nach deutschen Aufzeichnungen führte Kohl gegenüber Gorbatschow zu Beginn der Gespräche aus: "Eine Neutralisierung Deutschlands sei für ihn unannehmbar und wäre zudem eine historische Dummheit, wie der Sonderstatus für Deutschland nach 1918 gezeigt habe. Er sei jedoch bereit, die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion in Rechnung zu stellen und könne sich deshalb vorstellen, daß die NATO ihr Gebiet nicht auf die heutige DDR ausdehne".<sup>47</sup>

In der Darstellung des Besuchs von Kanzler und Außenminister in Moskau am 10. Februar 1990 durch Genscher finden sich ebenfalls kein deutsches Zugeständnis und keine sowjetischen Forderungen hinsichtlich einer Öffnung der NATO nach Osteuropa, sondern nur Gespräche über Sonderregelungen für das ostdeutsche Territorium.<sup>48</sup> Auch Gorbatschow erwähnt hinsichtlich des Treffens mit dem Bundeskanzler am 10. Februar 1990 mit keiner Zeile, daß die Problematik der NATO-Erweiterung überhaupt zur Diskussion gestanden habe. Allerdings habe Kohl sich "sofort gegen alle Varianten einer deutschen Neutralität" ausgesprochen.<sup>49</sup>

#### *3.2.2 Erneute widersprüchliche Signale aus Bonn*

Einerseits war es verständlich, daß die UdSSR-Diplomatie von Beginn an keine überspannten Forderungen hinsichtlich des Verzichts auf eine Osterweiterung der NATO stellte, hätte sie doch

<sup>45</sup> Vgl. Beschloss; Talbot 1993, S. 245.

<sup>46</sup> Vgl. Gorbatschow, 1995, S. 717.

<sup>47</sup> Vgl. Teltschik, a.a.O., S. 139.

<sup>48</sup> Vgl. Genscher, a.a.O., S. 722ff.

<sup>49</sup> Vgl. Gorbatschow, a.a.O., S. 717.

damit zusätzliche Aufmerksamkeit auf einen ihrer imperialen Schwachpunkte gelenkt. Dennoch gab es bereits auf der ZK-Sitzung Anfang Februar die Warnung des ZK-Sekretärs Ligatschow vor einem "neuen München".<sup>50</sup> In einem inzwischen von ihm publizierten Brief an Gorbatschow vom 17. März 1990 wies er darauf hin: "Die Partei erwartet vom Zentralkomitee eine Analyse der Ereignisse in Osteuropa. Die sozialistische Gemeinschaft fällt auseinander, die NATO wird stärker. Die deutsche Frage erhält Priorität."<sup>51</sup>

Um so mehr wurden Erklärungen deutscher Politiker eher gewunden formuliert. Diese sollten der UdSSR-Spitze Befürchtungen nehmen, von denen Bonn annehmen mußte, daß sie angesichts der Entwicklungen im Warschauer Pakt bestünden. Auch nach dem Kohl/Genscher-Besuch in Moskau war die Linie des deutschen Außenministers keineswegs eindeutig. So erklärte Genscher in einem Interview am 15. Februar 1990: "Und das Zweite, was hier zu beachten ist, ist daß der Westen auf gar keinen Fall aus den Veränderungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas irgendwelche Vorteile zieht. Deshalb kann eine Ausdehnung der NATO-Jurisdiktion, also der Zuständigkeit der NATO, des NATO-Gebietes, der Stationierung von NATO-Truppen über die gegenwärtige Grenze hinaus nicht in Frage kommen. Denn das würde ja bedeuten, daß eine Seite sozusagen einen Machtzuwachs zu Lasten der anderen bekommt. (...)"<sup>52</sup>

Eine Beschränkung der Äußerungen des früheren Bundesministers auf das deutsche Territorium ließe sich durch die Reaktion auf die Frage von Husemann konstruieren: "Nun markiert ja die Grenze, die durch Deutschland noch verläuft, auch die Grenze von zwei Bündnissen. Zwar haben in Ottawa die Außenminister beider Pakte zusammengesessen. Aber wie ist es denn eigentlich mit der Bündniszugehörigkeit?"<sup>53</sup> Genschers Antwort bezog sich im ersten Teil darauf, daß der Westen die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion respektiert. "Wir wollen ja, daß von der Einheit Deutschlands und von der Vereinigung Europas alle einen Sicherheitsvorteil haben und keiner einen Sicherheitsnachteil."

In einem Interview, zwei Tage später, präzisiert Genscher am 17. Februar 1990: "Was nun den sicherheitspolitischen Status des heutigen DDR-Gebiets angeht, im Falle der Wiedervereinigung, so handelt es sich dabei um eine der kompliziertesten Fragen, die im Zusammenhang der Wiederherstellung der deutschen Einheit geregelt werden muß. Deshalb ist sehr viel Behutsamkeit, Augenmaß und vor allen Dingen absolute Klarheit geboten. Der Westen ist sich einig darüber, daß das NATO-Gebiet nicht nach Osten ausgedehnt werden wird. Der amerikanische Außenminister hat zurecht festgestellt, die Jurisdiktion, also die Zuständigkeit der NATO, soll nicht nach Osten verschoben werden und natürlich auch nicht die Truppenpräsenz, in die DDR hinein. Das kann dann auch nicht dadurch unterlaufen werden, daß deutsche Streitkräfte in der DDR stationiert sind und nicht der NATO unterstellt sind. Das würde ja im Prinzip dasselbe oder ähnliches bedeuten."<sup>54</sup>

Genscher erklärt in der Retrospektive seine damalige Haltung: "Im Verlauf der Entwicklungen zeigte sich, daß eine vorsichtige Gangart, die der Sowjetunion den Willen zur vollen Mitgliedschaft in der NATO, aber auch die Rücksichtnahme auf sowjetische Sicherheitsinteressen signalisierte, aussichtsreicher erschien als die in der Sache richtige, aber nackte Forderung: Deutschland

<sup>50</sup> Vgl. den Diskussionsbeitrag Ligatschows, Pravda, 7.2.1990, S. 6.

<sup>51</sup> Der Brief wurde abgedruckt in Ligatschows Memoiren: Yegor Ligachev, Inside Gorbachev's Kremlin. New York: Pantheon Books 1993, S. 114-117, vgl. bes. S. 117.

<sup>52</sup> Interview des Bundesministers des Auswärtigen Hans-Dietrich Genscher mit dem Deutschlandfunk für die Sendung "Informationen am Morgen" am 15.2.1990. Interviewpartner: Friedrich Husemann, in: Der Bundesminister des Auswärtigen, Mitteilung für die Presse No. 1042/90, S. 3.

<sup>53</sup> Ebenda.

<sup>54</sup> Das Wort von der Nichtausdehnung der NATO-"Jurisdiktion" ist auf Baker zurückzuführen, der diesen Begriff auf Genschers Drängen hin benutzt habe. Vgl. Zelikow; Rice, a.a.O., S. 211.

muß Mitglied in der NATO sein.(...) Eine solche Regelung verlangte eine Einbettung in neue Rahmenbedingungen, die Moskau die Zustimmung erleichtern: so die Reduzierung der deutschen Streitkräfte, der deutsche Verzicht auf ABC-Waffen, die Nichtstationierung alliierter Streitkräfte auf dem Territorium der ehemaligen DDR, die 'Entfeindung' der Bündnisse und anderes mehr."<sup>55</sup> Ob mit "anderes mehr" auch ein dauerhafter oder vorübergehender Verzicht auf eine Ausdehnung der NATO gemeint war, beschreibt der ehemalige Bundesminister nicht.

Genscher geht vielmehr auch im nachhinein davon aus, daß in den ersten Monaten des Jahres 1990 die in Washington gängige Formel "keine NATO-Jurisdiktion" gegolten habe. Diese habe er jedoch umgehen wollen, da sie als Verzicht auf die Schutzgarantien der NATO hätte interpretiert werden können. Die Abstimmung im westlichen Lager wäre erschwert worden, weil dem amerikanischen Verteidigungsministerium "auf der Beamtenebene aus Bonn Besorgnisse wegen der Haltung des Auswärtigen Amtes, auch wegen meiner eigenen, signalisiert wurden."<sup>56</sup>

Teltschiks Taktik war es zu dieser Zeit, den Bundeskanzler von jeder Nähe zum Begriff "Jurisdiktion" abzulösen.<sup>57</sup> Zur gleichen Zeit suchten US-Sicherheitsberater Scowcroft und sein Mitarbeiter Blackwill vom NSC dem US-Außenminister ebenfalls eine Distanzierung davon naheulegen.<sup>58</sup> Dabei ging es nur noch um die Frage der "Jurisdiktion" der NATO über das DDR-Territorium. So konnte schließlich eine vollständige innerwestliche Einigung am Rande des Kohl-Bush-Treffens vom 24./25. Februar 1990 erreicht werden.<sup>59</sup> Allerdings soll Kastrup den Begriff "Jurisdiktion" erneut beim Treffen der Politischen Direktoren der westlichen Staaten am 28. Februar 1990 benutzt haben. Er verwandte ihn unter Zitierung von Baker und selbstverständlich nur hinsichtlich Ostdeutschlands, wurde jedoch von Zoellick in das inzwischen erzielte westliche Einverständnis unterwiesen.<sup>60</sup>

In der "Prawda" vom 21. Februar 1990 äußerte sich Präsident Gorbatschow erstmals öffentlich seit seinem Treffen mit Bundeskanzler Kohl zu den Problemen der Einheit Deutschlands. Er forderte, abweichend von seinen Gesprächen im Kreml, einen Friedensvertrag, der seiner Meinung nach allein den Status Deutschlands in der europäischen Struktur festlegen werde. Gorbatschow sprach ebenfalls das NATO-Problem an und erklärte, der Friedensvertrag werde auch die Rolle von NATO und Warschauer Pakt regeln. Er habe den Beitritt Deutschlands zur NATO nicht akzeptiert.

Auf dem Treffen der Außenminister der Warschauer-Vertrags-Staaten Mitte März 1990 in Prag konnte Moskau keinen gemeinsamen Ansatz für die Behandlung Deutschlands definieren nicht einmal hinsichtlich der deutschen NATO-Mitgliedschaft.<sup>61</sup>

Das Argument, die NATO rücke tatsächlich an die UdSSR heran, findet sich erstmals im Zusammenhang mit einer KPdSU-Politbürositzung vom 3. Mai 1990. Sie wurde dort von Jegor Ligatschow bei der Vorbereitung der ersten Zwei-plus-Vier-Verhandlungsrunde in Bonn erhoben, allerdings auch nur hinsichtlich der Erweiterung auf Ostdeutschland. Gorbatschow hatte sich laut Tschernjajew ebenfalls erneut dazu hinreißen lassen, "den Verbleib Deutschlands in der NATO kategorisch abzulehnen". Gorbatschow weiter: "Eher nehme ich das Scheitern der Wiener KSZE-Verhandlungen und der Start-Verhandlungen in Kauf, aber das lasse ich nicht zu."<sup>62</sup>

<sup>55</sup> Vgl. Genscher, a.a.O., S. 722.

<sup>56</sup> Genscher, a.a.O., S. 733.

<sup>57</sup> So nach Teltschik, a.a.O., S. 151.

<sup>58</sup> Vgl. Zelikow; Rice, a.a.O., S. 211.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 215.

<sup>60</sup> Vgl. Zelikow; Rice, a.a.O., S. 223.

<sup>61</sup> Vgl. die TASS-Meldung, 17.3.1990.

<sup>62</sup> Vgl. Tschernjajew 1993, S. 297.

Tschernjajew wandte sich nach eigenem Bekunden in einem Memorandum an Gorbatschow: "Das ist Quatsch. Das liegt auf der Argumentationsebene von 1945 und des Pseudopatriotismus der Masse. Denn Deutschland wird sowieso in der NATO bleiben, und wir rennen dann wieder dem abgefahrenen Zug hinterher. Wir legen es geradezu auf ein Scheitern an, anstatt daß wir jetzt klare Bedingungen für unser Einverständnis stellen. Das haben wir nun davon."<sup>63</sup>

Entsprechend den Weisungen des Politbüros der KPdSU war der sowjetische Außenminister Schewardnadse am 5. Mai 1990 in Bonn tatsächlich nicht bereit, sich hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu bewegen. Schewardnadse in Bonn klagend: "Es gibt durchaus Gründe für die Vermutung, daß mit der Einbeziehung des neuen Staates in die NATO die Existenz dieses militärischen Blocks in rechtlicher Hinsicht verewigt werden soll. (...) Außer der rein militärischen Seite ist diese Variante, die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO, auch aus Motiven innenpolitischer Natur nicht akzeptabel.(...) Für uns bleibt die NATO, was sie immer war, ein uns gegenüberstehender militärischer Block mit einer Doktrin von bestimmter Ausrichtung und unter Voraussetzung der Möglichkeit, den ersten nuklearen Schlag zu tun."<sup>64</sup>

Im Mai sprach Gorbatschow seine Ängste hinsichtlich des äußeren europäischen Imperiums an: Am 17./18. Mai 1990 beklagte der sowjetische Präsident im Gespräch mit US-Außenminister Baker, daß die Osteuropäer sich von der UdSSR abwenden würden. Dies hielt er für tolerabel, nicht aber, wenn sie durch westliche Ermunterung fortgelockt würden. Baker beruhigte ihn, die USA würden die Schwierigkeiten der UdSSR nicht ausnutzen oder die Osteuropäer wegführen.<sup>65</sup> Auch der erwähnte Neun-Punkte-Plan Bakers enthielt keine Garantie, die NATO nicht nach Osteuropa auszudehnen.<sup>66</sup> Dabei mochte Gorbatschow weiterhin keine NATO-Ausdehnung auf Deutschland akzeptieren, stellte aber die Frage, warum die Sowjetunion nicht ihrerseits um Beitritt zur NATO nachsuchen sollte, da doch diese nicht gegen sie gerichtet sei. Dies sei seiner Meinung nach keineswegs eine rhetorische Frage.

Allerdings soll sich Mitterrand nach Angaben des ehemaligen sowjetischen Präsidenten in "jenen Monaten" (wohl im Mai 1990 in Moskau) dafür ausgesprochen haben, von Deutschland einen verbindlichen Verzicht einzufordern, die "Einflußsphäre der NATO auf das Gebiet der DDR auszuweiten oder NATO-Truppen auf diesem Gebiet zu stationieren."<sup>67</sup> Auch bei dieser Gelegenheit ging es eindeutig um die Diskussion über den Ausschluß einer Ausdehnung der NATO-Strukturen auf die DDR, nicht aber auf Osteuropa. Mitterrand habe aber eindeutig zu verstehen gegeben, daß der sowjetische Wunsch nach Neutralität beziehungsweise nach Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in beiden Militärbündnissen "unter den gegebenen Umständen kaum mehr Aussichten auf Erfolg habe. (...) Wir stimmten jedoch darin überein, daß die Vereinigung an gewisse Bedingungen geknüpft werden müsse." Nach dem Bekunden Gorbatschows hätten dazu auch ein Verzicht der Deutschen gehört, "die Einflußsphäre der NATO auf das Gebiet der DDR auszuweiten oder NATO-Truppen auf diesem Gebiet zu stationieren".<sup>68</sup>

<sup>63</sup> Tschernjajew 1993, S. 297.

<sup>64</sup> Zitiert nach Genscher, a.a.O., S. 774f.

<sup>65</sup> Vgl. Baker 1995, S. 249.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 250f.

<sup>67</sup> Vgl. Gorbatschow 1995, S. 743.

<sup>68</sup> Ebenda.

### 3.3 Die Regelung der NATO-Zugehörigkeit für Deutschland

#### 3.3.1 Der Durchbruch in Washington

Erst am 31. Mai 1990 wurde in Washington zwischen Bush und Gorbatschow eine Formel für die Einbeziehung ganz Deutschlands in die westliche Allianz gefunden, die - gewunden formuliert - auch die sowjetische Zustimmung erhielt.<sup>69</sup> Nach Tschernjajew sah die Kompromißformel folgendermaßen aus:

"Gorbatschow: Wir formulieren wie folgt: Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sprechen sich dafür aus, um zu einer endgültigen Regelung unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu gelangen, dem vereinten Deutschland selbst die Entscheidung zu überlassen, zu welchem Bündnis es gehören will.

Bush: Ich würde eine etwas abgeänderte Fassung vorschlagen: Die USA sprechen sich eindeutig für eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschland in der NATO aus, allerdings werden wir, falls es sich anders entscheiden sollte, die Entscheidung nicht anfechten, sondern tolerieren.

Gorbatschow: Einverstanden. Ich akzeptiere Ihre Formulierung."<sup>70</sup>

Laut Zeugnis des ehemaligen US-Außenministers Baker formulierte Gorbatschow noch Ende Mai 1990 selbst die Idee, die UdSSR könne doch ebenfalls in die NATO eintreten und plädierte erneut für Deutschland in beiden Bündnissen: Überraschend räumte er jedoch die letzte Position, als Bush ihn erinnerte, daß entsprechend den KSZE-Prinzipien (die die Sowjets stets favorisierten, F.O.) jeder Staat sein Bündnissystem selbst wählen könne. Dies war bezüglich Deutschlands der Durchbruch. In privaten Gesprächen machte Baker nach eigenem Zeugnis klar, daß die USA auch weiter Deutschland als Ganzes in die NATO bringen würden, ob diese Haltung nun den russischen Interessen entspreche oder nicht.<sup>71</sup>

<sup>69</sup> Vgl. Tschernjajew 1993, S. 298f. Bei Zelikow; Rice 1995, S. 277ff. liest sich dieser sensationelle Vorgang nur in der Initiativzuschreibung anders. Demnach habe Bush unter Verweis auf die Präambel der KSZE-Schlußakte von 1975 die Frage gestellt, ob das Recht, das Bündnis frei zu wählen, nicht auch für Deutschland gelte. Gorbatschow habe völlig überraschend und wie man später erfuhr, ohne einen Beschluß des Politbüros, ohne Nachfrage bei seinen Mitarbeitern Schewardnadse und Falin plötzlich und spontan zugestimmt. Dobrynin dagegen behauptet, Gorbatschow habe bei seinem Treffen in Washington vom 31. Mai bis 2. Juni 1990 auch weiterhin an der Doppelmitgliedschaft Deutschlands festgehalten. Gorbatschow habe erst einen Monat nach der Rückkehr aus Washington die erwünschten Zugeständnisse gemacht. Dabei hätte Bush durch persönliche Botschaften hinsichtlich der Veränderung der NATO und des G7-Gipfels in London (!) Gorbatschow beeinflusst. Dennoch wäre Kohl über die Zugeständnisse Gorbatschows im Juli 1990 völlig überrascht gewesen; vgl. Anatoly Dobrynin: *In Confidence*, Times Books, Random House, 1995, S. 630, 635. Dies widerspricht jedoch Bakers u. a. Darstellungen, die detailliert beschreiben, daß Gorbatschow schon im Mai mit der NATO-Einbeziehung Deutschlands einverstanden gewesen sei. Vgl. auch Gorbatschow 1995, S. 723. Möglicherweise war Dobrynin nicht voll informiert worden. Siehe auch Valentin Falin: *Politische Erinnerungen*. München: Droemer-Knaur, 1993, S. 496. Zurückhaltender allerdings Beschloß und Talbot, die ebenfalls wie Dobrynin nahelegen, der Durchbruch sei erst in Archyz Mitte Juli 1990 erfolgt. Der Widerspruch läßt sich jedoch aufklären: Gorbatschow nahm seine offensichtlich unvorbereitete prinzipielle Konzession bereits während der Gespräche in Washington im Mai-Juni 1990 zurück. Bush schonte ihn während der Pressekonferenz am Ende des Treffens und Gorbatschow nutzte die Manövriermasse, um innenpolitisch nicht abzustürzen sowie weiter Druck auf die deutsche Regierung ausüben zu können. Die Freiheit der Bündniswahl war jedoch grundsätzlich schon Ende Mai 1991 der wiederzuvereinigenden Bundesrepublik zugestanden und von den USA konsumiert worden. Bush hatte Kohl noch während des Aufenthalts von Gorbatschow in Washington informiert; vgl. Zelikow; Rice 1995, S. 280.

<sup>70</sup> Vgl. Tschernjajew, ebenda.

<sup>71</sup> Vgl. Baker 1995, S. 257.

Nach den amerikanisch-sowjetischen Begegnungen von Washington und anschließend Kopenhagen flog der Bundeskanzler Anfang Juni 1990 erneut in die US-Hauptstadt, zu seinem dritten Treffen innerhalb von drei Monaten. Das Anliegen war es, noch einmal klarzustellen, daß Deutschland als Ganzes in der NATO verbleiben müsse - die sowjetischen Signale waren auch weiterhin merkwürdig widersprüchlich - und daß die NATO hierfür einen Preis zahlen müsse, und zwar in Richtung eines Nichtangriffspaktes zwischen NATO und Warschauer Pakt. Diesen suchte auch Gorbatschow zu erreichen. Die amerikanische Seite dagegen lehnte eine solche Übereinkunft ab. Inzwischen akzelerierte die wirtschaftliche Schwäche der Sowjets, die sich vor allem in Bonn und Washington um ungebundene Kredite bemühten. Die hinhaltende Taktik von Bush in dieser Frage war möglicherweise die Voraussetzung dafür, daß sich Gorbatschow immer mehr den Deutschen zuwenden mußte.

Kohl zeigte sich flexibel. Er schrieb Gorbatschow, daß die westliche Seite die externen Aspekte der deutschen Vereinigung vor dem KSZE-Gipfel Ende 1990 abzuschließen hoffe, und forderte weitere Verhandlungen für den im Mai 1990 bereits grundsätzlich gewährten Kredit.<sup>72</sup> Zugleich stimmten Genscher und Schewardnadse in Brest (11. Juni) und Münster (18. Juni 1990) ihre Positionen ab und festigten das persönliche Vertrauensverhältnis als Ergebnis eines komplizierten Begegnungsprozesses.<sup>73</sup>

Dennoch zeigte sich, daß die sowjetische Führung vor dem XXVIII. Parteitag (1. bis 11. Juli 1990) keine positiven Signale aussenden mochte, die zu zusätzlichen Komplikationen auf dem Kongreß führen konnten.<sup>74</sup> Am 15. Juni übersandte das sowjetische Außenministerium einen Entwurf für eine gemeinsame NATO-Warschauer-Pakt-Deklaration, die erneut alle Elemente einer verhärteten sowjetischen Positionsbeschreibung enthielt. Der Moskauer Entwurf ging von folgenden Forderungen aus: Schaffung einer gemeinsamen, sowohl die NATO wie auch den Warschauer Pakt einschließenden gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitsallianz, die offen für den Beitritt aller KSZE-Staaten gehalten werden sollte; Eliminierung des automatischen Erfordernisses der NATO-Alliierten, sich im Falle eines Angriffs zur Hilfe zu kommen; Begrenzung der NATO-Verteidigungsverpflichtungen im Falle der Anwendung von Gewalt durch einen Verbündeten sowie das Versprechen, Sanktionen gegen diesen Alliierten zu verhängen; Ausschluß der früheren DDR von der NATO-Vertragsschutzwirkung u.a.m.<sup>75</sup> Dies war wohl die schwerwiegendste Positionsbestimmung. Doch auch sie enthielt keinerlei Erweiterungsverbote für die NATO. Schließlich ging sie noch im Juni 1990 vom Fortbestand der Warschauer Vertragsorganisation aus.

Innerhalb des Weißen Hauses entwarf man unter Federführung von Blackwill einen Gegenvorschlag: Einladung an die früheren Gegner, Verbindungsbotschaften bei der NATO einzurichten; Neuordnung der konventionellen Kräfte der NATO mit Betonung multinationaler Korps unter ebensolcher Kontrolle; Erklärung, daß die NATO eine neue Militärstrategie verabschieden würde, die sowohl die flexible Antwort wie auch die Vorwärtsverteidigung zurücknehmen werde usw.<sup>76</sup> Hierfür gelte es, einen NATO-Gipfel abzuhalten und dabei diese - insgesamt sieben - Vorschläge abzusegnen. Keiner von diesen enthielt jetzt oder in London im Juli 1990 einen Verzicht auf die NATO-Erweiterung.

Um die sowjetischen Sorgen wegen der Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO zu zerstreuen, hatte Baker am Rande der Menschenrechtskonferenz in Kopenhagen Schewardnadse bereits

---

<sup>72</sup> Vgl. Zelikow; Rice 1995, S. 293.

<sup>73</sup> Vgl. die Darstellung bei Genscher 1995, S. 805-823.

<sup>74</sup> Vgl. Zelikow; Rice, a.a.O., S. 462, FN 50.

<sup>75</sup> Vgl. Zelikow; Rice, a.a.O., S. 310.

<sup>76</sup> Vgl. Zelikow; Rice, a.a.O., S. 311.

vorgeschlagen, bei der künftigen KSZE-Konferenz die Stärke der deutschen Armee zu begrenzen und die Zukunft der sowjetischen Truppen in Ostdeutschland zu regeln.<sup>77</sup> Der deutschen Diplomatie oblag es, einer Singularisierung Deutschlands auf einer KSZE-Konferenz zu entgegen und ihre Zusagen aus eigenem Recht abzugeben. Für Schewardnadse jedoch waren die amerikanischen Zusagen wesentlich. Schewardnadse ging noch einen Schritt über den Kompromißvorschlag von Washington hinaus, als er in der dänischen Hauptstadt seinem amerikanischen Amtskollegen zusagte: "Wenn die amerikanischen Garantien kodifiziert würden, könne sich die Sowjetunion auf eine Wiedervereinigung Deutschlands bis zum Ende des Jahre 1990 einlassen".

Baker soll seine Freude nur mühsam verborgen haben. Noch am selben Abend rief er Bush an: "Die Sowjets ziehen jetzt in der Deutschlandfrage mit."<sup>78</sup> Doch Gorbatschow zeigte sich zumindest nach außen weiter spröde und erklärte am 12. Juni 1990 vor dem Obersten Sowjet, die Streitkräfte der DDR sollten während einer Übergangsperiode weiterhin dem Warschauer Vertrag als assoziiertes Mitglied angehören.

Noch am 22. Juni 1990, übrigens dem 49. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die UdSSR, kämpfte Schewardnadse unter dem Einfluß des nunmehr von Bonn nach Moskau als 1. Stellvertretenden Außenminister berufenen Kwizinskij<sup>79</sup> erneut für sowjetische Interessen, wie sie die Traditionalisten an der Moskwa verstanden: Demgemäß sollte für das vereinigte Deutschland eine Übergangsperiode von fünf Jahren gelten, in welcher die Anbindung Deutschlands an Warschauer Pakt und NATO nicht verändert und die Kompetenz der beiden Vertragsorganisationen nicht auf Territorien ausgeweitet werden sollten, die nicht unter ihrer Jurisdiktion lagen. Die zu vereinbarenden Regelungen sollten jedoch verschiedene Positionsstärkungen der KSZE voraussetzen. Die Bundeswehr und die Nationale Volksarmee sollten auf ihr Territorium beschränkt bleiben. Schließlich sollte nach drei Jahren eine demilitarisierte Zone in Deutschland angezielt werden. Die deutsche Seite war allerdings überraschend von Tarasenko, einem Vertrauten und hohen Mitarbeiter Schewardnadses, informiert worden, diese Ausführungen des UdSSR-Ministers nicht zum Nennwert zu nehmen.

Kwizinskij bezieht zu dem Positionspapier des sowjetischen Außenministeriums nachträglich Stellung: "Im Sommer 1990 wurde noch eine weitere mögliche Formulierung erörtert, nach der das Territorium der DDR weiterhin im Geltungsbereich des Warschauer Vertrages verbleiben sollte. Letzten Endes entschloß ich mich aber selbst, diese Formulierung aufzugeben, da sie keine ausreichenden Garantien für unsere Interessen in den östlichen Bundesländern versprach. Es wäre unklug gewesen, diese wichtige Frage allein an den Warschauer Vertrag zu binden, denn Deutschland hatte eindeutig die Möglichkeit, den Warschauer Vertrag ohne besondere politische Anstrengungen und großen Finanzaufwand mit Hilfe der Ungarn, Polen und Tschechoslowaken in kürzester Zeit zu Fall zu bringen. Dann wären wir, wie man sagt, die Dummen gewesen. Die

<sup>77</sup> Vgl. Beschloss; Talbot 1993, S. 304.

<sup>78</sup> So nach Beschloss; Talbot 1993, S. 304.

<sup>79</sup> Kwizinskij war bis zum Mai 1990 Botschafter der UdSSR in Bonn gewesen. Am 13. Mai 1990 wurde er als Erster Stellvertretender Außenminister an die Spitze des MID berufen. Seine Hauptaufgabe bestand darin, eine sowjetische Konzeption des Abschlußdokuments für die Zwei-plus-Vier Konferenz auszuarbeiten. Nach seinen Angaben lag im Mai 1990 eine solche Positionsbeschreibung noch nicht vor; vgl. Julij A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten. Berlin: Siedler, 1993, S. 11f. Das Buch enthält die sowjetische Position; vgl. S. 41-46. Kwizinskij legt dabei den sowjetischen Entwurf für einen abzuschließenden Vertrag mit Deutschland vor, der auf den Politbüroabschluß vom Mai 1990 zurückzugeht. Er behauptet, die Grundzüge des Entwurfs Anfang Mai 1990 mit Bonner Politikern erörtert zu haben, "ohne dabei auf besondere Einwände zu stoßen, in einer Reihe von Fragen fand ich sogar Unterstützung. Ende Juni sah die Lage schon anders aus." Vgl. Kwizinskij, a.a.O., S. 46. Zum Hinweis auf Schewardnadses Widerstand gegen die sowjetische Linie; vgl. Kiessler; Elbe, a.a.O., S. 159.

Lösung mußte auf der Grundlage der ursprünglich von Hans-Dietrich Genscher formulierten Idee gefunden werden, im Falle der Wiedervereinigung den Geltungsbereich der NATO nicht auf die DDR auszudehnen und die Kernwaffen des Westens nicht bis an Oder und Neiße vorzuschieben. So ähnlich geschah es letzten Endes auch..."<sup>80</sup> Damit könnte sich der ehemalige deutsche Außenminister von autoritativer russischer Seite von dem eventuellen Verdacht freigesprochen fühlen, mehr als dies zugesagt zu haben oder eine Quelle für angebliche Versprechungen, die Deutschland ohnehin nicht hätte einhalten können, zitiert zu werden.

### 3.3.2 *Zur Junitagung des PBA - Vor dem Ende des Warschauer Pakts*

Im Sommer 1990 zeichnete sich für die sowjetische Führung ab, daß die Osteuropäer nicht nur das ihnen aufgezwungene sowjetische Modell abwerfen wollten, sondern sich auch "so schnell wie möglich auf den Westen umzuorientieren" versuchten.<sup>81</sup> Ihr Entschluß, aus den Strukturen des Warschauer Vertrages und des RGW auszubrechen, nennt der ehemalige Erste Stellvertreter des Außenminister Kwizinskij "nur folgerichtig, denn dies schien die unabdingbare Voraussetzung dafür zu sein, sich um die Mitgliedschaft in der EG und danach möglicherweise auch in der NATO zu bewerben".<sup>82</sup> Von der Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses (PBA) am 7. Juni 1990 mußte man erwarten, daß die Sowjets die entscheidenden Weichenstellungen vornehmen würden, um den Osteuropäern einen grundsätzlichen Frontenwechsel mehr oder weniger offen zu untersagen. Moskau war zu dieser Zeit zwar bereit, über Reformen der Warschauer Vertragsstruktur zu diskutieren, nicht aber über die Liquidierung des Bündnisses. Gerade hatte Moskau Verträge über den Abzug sowjetischer Truppen aus Ungarn und der damaligen CSSR unterzeichnet, der Verlust der DDR zeichnete sich eindeutig ab. In der Sowjetunion drohte sich die politische Stimmung gegen Gorbatschow und seine engsten Mitarbeiter und deren Außenpolitik zu wenden.

Den sowjetischen Diplomaten mußte daher im Vorfeld der PBA-Sitzung daran gelegen sein, Papiere mit den Zwangsverbündeten vorzubereiten, die den Warschauer Vertrag einerseits aufrecht erhielten und sie dennoch nicht unnötig provozierten. Ein sich ankündigender Verlust weiterer sozialistischer Staaten und der Zusammenbruch des militärischen Bündnisses hätte den Druck seitens der sowjetischen Militärs auf Gorbatschow dramatisch erhöht. So versuchte man sich auch im Juni 1990 über den anstehenden Zusammenbruch des Imperiums hinwegzutäuschen. Julij Kwizinskij - der zuständige Iwan Aboimow hatte sich verweigert - leitete die der PBA-Sitzung vorausgehende Abstimmung der Konferenzpapiere mit den osteuropäischen Bündnispartnern.

Kwizinskij berichtet, über der Gesprächsrunde habe der "Hauch der Unaufrichtigkeit" gelegen. Man fürchtete sich, die Dinge beim Namen zu nennen, "und flüchtete sich bei der Abfassung der Dokumente in zweideutige Formulierungen". Nach außen blieb der Warschauer Pakt nach wie vor eine "lebendige und handlungsbereite internationale Struktur".<sup>83</sup> In der internen Niederschrift war damals sogar festgelegt worden, bis zur nächsten Tagung Vorschläge zum radikalen Umbau aller seiner Funktionsbereiche vorzulegen.<sup>84</sup>

<sup>80</sup> Vgl. Kwizinskij 1993, S. 23f.

<sup>81</sup> So der Eindruck von Kwizinskij, a.a.O., S. 32.

<sup>82</sup> Ebenda.

<sup>83</sup> Vgl. Kwizinskij, a.a.O., S. 34.

<sup>84</sup> Am 25. Februar 1991 beschloß ein außerordentliches Treffen des PBA in Budapest die Auflösung der militärischen Strukturen des Warschauer Vertrages bis zum 31. März 1991 und seiner politischen Organe bis zum Frühjahr 1992. Zu letzterem Zeitpunkt war die sowjetische Hegemonialmacht freilich bereits selbst Geschichte.



Erneut scheint niemand eine NATO-Beitrittsverbotsklausel eingefordert zu haben. So verlief die offizielle Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses ohne Komplikationen. Man einigte sich, der NATO weitere politische und strategische Anpassungen abzuverlangen. Tatsächlich konnte die sowjetische Führung, die sich bewußt sein mußte, die Warschauer-Pakt-Staaten mittelfristig aus den Bündnissen entlassen zu müssen, ihre Karten gegen die Osteuropäer in Richtung auf ein NATO-Beitrittsverbot nicht öffentlich ausspielen. Andernfalls hätte sie die innere Mißstimmung gegen die Außenpolitik der Gorbatschow-Führung unnötig weiter gestärkt. So blieb die Gorbatschow-Fraktion an einem Modus vivendi mit den Staaten ihres äußeren Imperiums so lange wie möglich interessiert.

Aber auch die osteuropäischen Partner verhielten sich geschmeidig, mußten sie doch davon ausgehen, daß ihre Haltung die Destabilisierung der UdSSR gefährlich beschleunigen konnte (Dominoeffekt). Daher wurde die für November 1990 vorgesehene neuerliche Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrags auf Drängen Gorbatschows immer weiter in das Jahr 1991 hinein verschoben.

Die glatte Oberfläche der Tagung 1990 des Politisch Beratenden Ausschusses am 7. Juli 1990 konnte bereits nicht mehr verdecken, daß Budapest, Warschau und Prag gar nicht daran dachten, die Ostallianz zu erhalten. Die sowjetische Führung mußte sich gedanklich damit abfinden, daß ihre Sicherheit nicht von einem Militärbündnis an ihren Westgrenzen abhing. Doch traditionalistische Kräfte begannen, die Konsequenzen unvermeidlicher Veränderungen zu erfassen. Sie kritisierten nicht nur die sowjetische Führung, die all dies zugelassen hatte, sondern auch die ehemaligen Verbündeten. Wichtig war daher, daß der Schein des Pakterhalts gewahrt wurde, eine äußerst delikate Situation für die sowjetische Führung, die um so mehr positiver westlicher Signale bedurfte.

### 3.3.3 Hilfestellungen aus dem Westen

Die Signale des westlichen Bündnisses - des NATO-Ministerrats von Turnberry und des NATO-Gipfels in London - waren besonders wesentlich. Die Frühjahrstagung der NATO am 7. und 8. Juni 1990 unterstrich den westlichen Wunsch nach weiteren Kontakten zwischen NATO und Warschauer Pakt aber auch die klare Anwendung der Bestimmungen der Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags für das künftig vereinigte Deutschland. In der Botschaft von Turnberry wird ausgeführt: "Wahre und dauerhafte Sicherheit in Europa wird am besten gewährleistet, wenn die legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten gegenseitig anerkannt und respektiert werden. Wir wollen aktiv beitragen zum Aufbau von Vertrauen und engeren Beziehungen zwischen allen europäischen Ländern, die Mitglieder der beiden Bündnisse eingeschlossen."<sup>85</sup> Im Kommuniqué wird zudem klargestellt, daß Deutschland "unbeschadet ausdrücklicher Erklärungen, daß NATO-Streitkräfte auf dem gegenwärtigen Territorium nicht stationiert werden", Vollmitglied der NATO sein werde. "Die Sicherheitsgarantie der Artikel 5 und 6 des Nordatlantikvertrags wird sich auf das gesamte Territorium eines vereinten Deutschlands erstrecken." Aber auch: "Wir streben keinen einseitigen Vorteil aus der deutschen Einheit an und sind bereit, dies unter Beweis zu stellen, wobei wir legitime sowjetische Sicherheitsinteressen berücksichtigen werden."<sup>86</sup> Zur NATO-Öffnung für andere Teile Europas wurde keine Position bezogen.

Auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr Mitte Juni 1990 erklärte der deutsche Verteidigungsminister: Deutschland "soll in das Nordatlantische Bündnis eingebunden bleiben und im

<sup>85</sup> Ministertagung des Nordatlantikrates vom 7. und 8. Juli 1990 in Turnberry/Großbritannien, Bulletin der Bundesregierung, No. 75, 13.6.1990, S. 645.

<sup>86</sup> Vgl. Kommuniqué der Ratstagung in Turnberry, ebenda, S. 648.

Rahmen dieses Bündnisses seinen Beitrag zur Stabilität einer neuen europäischen Friedensordnung leisten - auch im Interesse der Länder Osteuropas und speziell der Sowjetunion. Dabei wollen wir berechtigten Sicherheitsinteressen unserer östlichen Partner Rechnung tragen, auch durch die Bereitschaft, keine Verbände und Strukturen der NATO auf das Territorium der heutigen DDR vorzuverlegen."<sup>87</sup> Minister Stoltenberg ging dabei auch auf veränderte Strategieoptionen ein (Ersetzung des operativen Prinzips der Vorneverteidigung, Verschiebung der Gewichte der nuklearstrategischen Konzeption). Zugleich betonte er die "Integration der heutigen Bundesrepublik in der NATO-Struktur" und sprach sich für Verbände in der DDR aus, die als Teil einer "umfassenden Territorialstruktur neu zu strukturieren sind."<sup>88</sup>

In London, auf der Tagung der Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikrats am 5. und 6. Juli 1990, wurde schließlich eine gemeinsame Erklärung der Pakte vorgeschlagen, in der feierlich bekundet werden sollte, "daß wir uns nicht länger als Gegner betrachten und in der wir unsere Absicht bekräftigen, uns der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten" (Pkt. 6). Gorbatschow sowie die Vertreter Osteuropas wurden eingeladen, vor dem Nordatlantikrat in Brüssel zu sprechen, die Warschauer-Vertragsstaaten wurden sogar aufgefordert, "ständige diplomatische Verbindung mit der NATO aufzunehmen" (Pkt. 7). Die Nuklearwaffen des Westens wurden "wahrhaft zu Waffen des letzten Rückgriffs" deklariert (Pkt.18).<sup>89</sup> Diese Erklärungen waren zusammen mit vagen Hilfsversprechen des G7-Gipfels von Houston vom 9. bis 11. Juli 1990 (erst nach einer gründlichen Studie über den Zustand der sowjetischen Volkswirtschaft)<sup>90</sup> besonders hilfreich, um Gorbatschow vor der entscheidenden Kraftprobe auf dem letzten Parteikongreß der KPdSU den Rücken für das Treffen mit Kohl und Genscher in Moskau und Archys zu stärken (15./16. Juli 1990).

Das Juli-Treffen der NATO in London kam auch nach Bakers Meinung den Sowjets in besonderem Maße entgegen, erleichterte Gorbatschow das erfolgreiche Durchstehen des XXVIII. Parteitages, aber es sah keinen deklarierten Verzicht auf die Öffnung der NATO vor. So sehen es auch Zelikow und Rice, die es nicht für nötig halten, das Thema noch weiter zu behandeln. In der Sowjetunion wurde ab Ende Mai 1990 verstanden, daß die Zustimmung zur deutschen NATO-Mitgliedschaft die entscheidende Bedingung dafür sei, daß die "militärischen Strukturen der NATO" nicht auf das Gebiet der DDR ausgedehnt werden sollen.<sup>91</sup> Zu dieser Zeit legten beide Seiten Wert darauf, die gegenseitige Abstimmung nicht noch durch die Diskussion anderer strittiger Punkte zu belasten. Gorbatschow kämpfte nunmehr nur noch um das Überleben der UdSSR und seines Reformkurses und damit um seine politische Zukunft. Allein die Litauenkrise hatte sein Verhältnis zu den USA schwer belastet. Ihm ging es angesichts finanzieller Wünsche gegenüber dem Westen darum, nicht neue Forderungen zu erheben. So wurde in den entscheidenden Monaten des Sommers 1990 die nahezu letzte Einspruchsmöglichkeit versäumt.

---

<sup>87</sup> So Stoltenberg auf der 31. Kommandeurstagung der Bundeswehr in Fellbach, 13. Juni 1990, Bulletin der Bundesregierung, No. 76, 15.6.1990, S. 653.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 655.

<sup>89</sup> NATO-Gipfelkonferenz in London. Londoner Erklärung: Die Nordatlantische Allianz im Wandel. Bulletin der Bundesregierung, No. 90, 10.7.1990, S. 777- 779.

<sup>90</sup> Wirtschaftsgipfel Houston. Treffen der Staats- und Regierungschefs vom 9. bis 11. Juli 1990. Politische Erklärung vom 10. Juli 1990, Bulletin der Bundesregierung, No. 91, 13.7.1990, S. 781ff, hier bes. S. 787, Punkte 42 bis 47.

<sup>91</sup> So Genscher 1995, S. 839.

### 3.3.4 Die Übereinkommen von Moskau und Archyz

Auf Einladung Gorbatschows flogen der Bundeskanzler und sein Außenminister sowie der Finanzminister und der Minister im Bundespresseamt mit den engsten Beratern am Abend des 14. Juli 1990 nach Moskau. Kurz zuvor hatte Gorbatschow auf dem XXVIII. Parteitag noch einen Pyrrhussieg erlebt. Schon vor den Gesprächen in der Sowjetunion hatte die sowjetische Seite klargemacht, so erinnert sich Genscher, es sei für sie schwer vorstellbar, daß bei einem "völligen Abzug der sowjetischen Armee" die "Alliierten nachrückten". Natürlich war es notwendig, einen Zusammenhang zwischen den verbündeten NATO-Streitkräften und den abziehenden sowjetischen Truppen zu vermeiden. Aber für die Verhandlungen und wohl mehr für Gorbatschow und Schewardnadse selber war es wichtig, zu verdeutlichen, die NATO-Strukturen seien eben nicht nach Osten vorgerückt.<sup>92</sup> Genscher hatte sich bei seinem Flug in den Kaukasus und auch in der Nacht darauf gefragt, ob die sowjetische Führung "wirklich noch mit einem Nebeneinander von NATO und Warschauer Pakt rechnet".<sup>93</sup>

Aber die sowjetischen Politiker, so wird man argumentieren können, mußten genau davon ausgehen: Sie konnten die Auflösung des Warschauer Vertrags nicht thematisieren, einmal, weil sie damit gerade diesen Prozeß beschleunigt hätten und zum anderen, weil dann in der sowjetischen politischen Klasse die Frage, "Warum habt Ihr Osteuropa verloren", mit noch größerer Schärfe erhoben worden wäre.

Der ehemalige ZK-Abteilungsleiter für Internationale Beziehungen und letzte ZK-Sekretär für außenpolitische Fragen, Falin, rief unmittelbar vor den Treffen von Moskau und Archyz am 16. Juli 1990 Gorbatschow an. Dabei habe er nach eigenem Bekunden Gorbatschow aufgefordert, mindestens definitiv die Nichtzugehörigkeit des vereinigten Deutschland zur Militärorganisation der NATO sowie die Nichtstationierung von Atomwaffen auf dem gesamtdeutschen Territorium durchzusetzen. Gorbatschow habe geantwortet, er wolle sehen, was er tun könne. Gorbatschow: "Nur, ich fürchte, daß der Zug schon abgefahren ist."<sup>94</sup>

Bei Gorbatschow liest sich die dramatische Begegnung mit dem deutschen Kanzler sowie dem Außen- und Finanzminister wie folgt: "In erster Linie ging es darum, daß militärische Strukturen der NATO nicht auf das Gebiet der DDR ausgedehnt werden durften und die sowjetischen Streitkräfte für einen vereinbarten Zeitraum verbleiben sollten (...) In all diesen Fragen erzielten wir Übereinkunft." Vieles mag aus heutiger Sicht dafür sprechen, daß, wäre der damals schon voraussehbare Wunsch der Osteuropäer, den Warschauer Pakt zu verlassen und sich unter den Schirm der NATO zu stellen, von westlicher Seite angesprochen worden, Gorbatschow sicherlich eine solche Öffnung für inakzeptabel erklärt hätte. Aber in seinen Erinnerungen findet sich an dieser Stelle kein Wort zu einer deutschen Verpflichtung, die NATO-Öffnung nach Osteuropa - in welcher Form auch immer - abzulehnen, falls der Wunsch der Osteuropäer danach bestünde.<sup>95</sup>

Für Gorbatschow war vielmehr in Moskau und im Kaukasus Bedingung seiner Zustimmung zur deutschen NATO-Mitgliedschaft, daß die "militärischen Strukturen der NATO" nicht auf das Gebiet der DDR ausgedehnt würden. Hinsichtlich des Status der neuen Bundesländer gelte, bis 1994 würden dort "Verbände der Bundeswehr stationiert sein, die nicht NATO-intergriert waren, nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte auch NATO-integrierte." Es dürften jedoch "keine ausländischen Streitkräfte dorthin verlegt werden".<sup>96</sup> Genscher beschreibt diesen Kompromiß:

<sup>92</sup> Vgl. Genscher, ebenda, S. 835.

<sup>93</sup> Ebenda, S. 836.

<sup>94</sup> Vgl. Falin 1993, S. 494.

<sup>95</sup> Vgl. Gorbatschow 1995, S. 725.

<sup>96</sup> Vgl. die Analyse Genschers, 1995, 839f.

"Unsererseits war alles für die Sicherheit Notwendige getan, einschließlich der Stationierung NATO-integrierter Verbände. Andererseits wurden die NATO-Strukturen in der Form, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland bestanden, nicht nach Osten ausgedehnt. Nach meiner Einschätzung hatten wir damit erreicht, Zonen unterschiedlicher Sicherheit zu vermeiden."<sup>97</sup>

Tschernjajew beschreibt das Treffen in der vom Architekten Schechtel entworfenen Jugendstilvilla in der Tolstojstraße am 15. Juli 1990 so: Kohl hätte ein faires Spiel gespielt. "Er machte große Zugeständnisse, aber die Hauptsache bekam er: ein vereintes Deutschland in der NATO. Gorbatschow widersprach diesmal schon nicht mehr und schlug keine 'abgeschwächten' Varianten bezüglich der NATO-Mitgliedschaft vor."<sup>98</sup> Auch in der Darstellung des Treffens Gorbatschows mit US-Präsident Bush in Helsinki einen Monat später findet sich kein Hinweis auf Forderungen oder gar Zusagen hinsichtlich einer Nichtausdehnung der NATO auf andere Teile Europas.

Der ehemalige Falin-Mitarbeiter in der ZK-Abteilung für Außenpolitik, Portugalow, führt das Nachgeben Gorbatschows auf dessen, wie er sich ausdrückte, "unbeholfenes Verhalten im Weißen Haus (Ende Mai 1990, F.O.) zurück, als er mit Bush die Deutschlandfrage erörterte". Nach Beschloss und Talbot habe Falin gegenüber Mitarbeitern geäußert, Schewardnadse hätte Gorbatschow eine "Aufstellung der positiven Aspekte einer NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland untergejubelt".<sup>99</sup> Bessmertnych, Nachfolger Schewardnadses als sowjetischer Außenminister, beschreibt die Entscheidung Gorbatschows als eine der "meistgehaßten Entwicklungen in der Geschichte der Außenpolitik, und sie wird es für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben".<sup>100</sup> Schewardnadse zeichnet dagegen später ein positives Bild der Veränderungen, die die NATO im Jahre 1990 durchlief.<sup>101</sup> Es wird jedoch auch in seiner Darstellung nicht deutlich, ob die sowjetische Führung Garantien erhielt, die die Nichtausdehnung der NATO auf Osteuropa einschlossen.

Dobrynin, ehemals ZK-Sekretär für Außenpolitik, meint anklagend, Gorbatschow habe während der Verhandlungen mit der westlichen Seite nicht vorausgesehen, daß Osteuropa bereits wenige Monate nach den Umbrüchen in Berlin und anderen Hauptstädten aus dem sowjetischen "Orbit" herausfliegen würde oder der Warschauer Pakt zusammenbrechen könne.<sup>102</sup> Zu Anfang habe Gorbatschow noch die richtige Idee gehabt, die Vereinigung Deutschlands mit der Formierung einer neuen Sicherheitsstruktur für Europa zu synchronisieren. Aber er habe dafür nicht wirklich gekämpft, besonders als diese Regime in Osteuropa zusammenbrachen und die Region instabil wurde. In der sowjetischen Führung hätte es im Gefolge dieser Entwicklungen nur Konfusion gegeben und keinen Eventualplan.<sup>103</sup> Immer mehr hätten Gorbatschow und Schewardnadse die Durchführung der sowjetischen Außenpolitik an sich gezogen und nicht mehr auf die Expertenmeinung gehört. Doch selbst bei der summarischen Darlegung von Gorbatschows Intentionen für eine künftige europäische Sicherheitsstruktur erwähnt Dobrynin keinerlei östliche Forderungen oder westliche Zusagen hinsichtlich einer NATO-Nichterweiterung.

In Teltschiks Aufzeichnungen nach dem Treffen von Moskau und Archyz und danach findet sich seitens der Sowjets ein immer wiederkehrendes hartes Feilschen um finanzielle Leistungen Deutschlands, aber kein Hinweis auf weitere sicherheitspolitische Forderungen mit Blick auf die

<sup>97</sup> Genscher, ebenda, S. 840.

<sup>98</sup> Vgl. Tschernjajew 1993, S. 305.

<sup>99</sup> Vgl. Beschloss; Talbot 1993, a.a.O., S. 317.

<sup>100</sup> Ebenda.

<sup>101</sup> Vgl. E. Schewardnadse, Die Zukunft gehört der Freiheit: Berlin: Rowohlt 1991, Kap. 6 u. 7.

<sup>102</sup> Vgl. Dobrynin 1995, S. 631f.

<sup>103</sup> Ebenda.

NATO. Eine Behandlung der möglichen NATO-Öffnung scheint nicht einmal bei der Ratifizierung im Obersten Sowjet im März und April 1991, an der Falin maßgeblich mitwirkte, stattgefunden zu haben.<sup>104</sup> Zu dieser Zeit war der Kollaps der Warschauer Vertragsorganisation in der Tat schon zu prognostizieren.

Zwischen den beiden Sitzungen des Obersten Sowjet am 4. März und 2. April 1991 flog der deutsche Außenminister Genscher noch einmal nach Moskau und bestätigte am 17. und 18. März die mit den USA in der Golfkrise koordinierte deutsche Grundposition zum Kuwait-Konflikt. Die Sowjets interessierte jedoch, so das Zeugnis Kwizinskij, mehr die Position der Deutschen im Hinblick auf die Entwicklung in Osteuropa und die sowjetischen Chancen für eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft. Kwizinskij: "Die EG beabsichtige, ihre Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten verstärkt zu entwickeln, aber man versicherte uns, die NATO habe nicht die Absicht, ihren Einfluß in diese Region auszudehnen. Wir waren uns einig, daß man der Zusammenarbeit unter den neuen Bedingungen in Europa den KSZE-Prozeß zugrunde legen müsse. Dies sei der gemeinsame politischen Nenner, auf den sich alle Europäer einigen könnten. Die Idee des 'NATO-Zentrismus', die in dieser Zeit aufkam, schien uns nicht sehr zweckmäßig zu sein. Noch bestand ja der Warschauer Pakt, und die Transformation unserer Beziehungen zur NATO hatte gerade erst begonnen. Zudem hatte die NATO selbst, wie sie sich seit ihrer Gründung herausgebildet hatte, ihre eigene raison d'être. Sie war vor allem ein Militärbündnis, das nur in sehr geringem Maße für eine politische Zusammenarbeit auch mit den Staaten des Ostens geeignet war."<sup>105</sup> Unklar ist, ob die erwähnten Äußerungen den Standpunkt des deutschen Außenministers wiedergeben. Gerade der Passus: "man versicherte uns.." spricht dafür, daß eine andere Person diese Äußerung gemacht haben könnte, möglicherweise sogar eine aus dem außerdeutschen EG-Kontext. Jedenfalls belegt Kwizinskij nicht den deutschen Außenminister mit einer solchen Zusage.

Kwizinskij führt weiter aus: "Wir legten Genscher ausführlich dar, von welcher Konzeption wir uns beim Abschluß neuer politischer Verträge mit den osteuropäischen Staaten leiten ließen, und wir hoben dabei hervor, daß es notwendig sei, die Beziehungen der EG zu allen osteuropäischen Staaten einschließlich der UdSSR gleichmäßig zu entwickeln."<sup>106</sup> Kwizinskij wendet sich dagegen, die Staaten Osteuropas auseinanderzuidividieren, da dies zur weiteren Instabilität beitragen könne. Dies könne weder der UdSSR noch Deutschland gleichgültig sein.<sup>107</sup>

Deutlich wird, daß die NATO-Öffnung nach Osten im Zuge des Ratifizierungsprozesses keine Rolle gespielt hat. Das gleiche gilt, soweit aus der Literatur bisher ersichtlich, für die endgültige Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrags, des großen sowjetischen-deutschen Vertrags und des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsvertrags. Allerdings erhielt der Zwei-plus-Vier-Vertrag neunzehn, der "Große Vertrag" sechs und das Wirtschaftsabkommen ganze drei Gegenstimmen. In der dem Genscher-Besuch folgenden Ratifizierungsdebatte über den Abzug der sowjetischen Truppen und den Überleitungsvertrag wurde ebenfalls die NATO-Öffnung nicht erörtert. Noch existierte schließlich der Warschauer Pakt.

Doch mit Blick auf das erste Treffen des Nordatlantischen Kooperationsrats (NACC) am 20. Dezember 1991 in Brüssel notiert US-Außenminister Baker: Das NACC-Treffen markierte eine politische Wasserscheide. Ich blickte mich um und sah die Außenminister der früheren Warschauer Pakt-Staaten. Baker: "Aber das Treffen markierte auch die beginnenden NATO-An-

<sup>104</sup> Für die Analyse des Entscheidungsprozesses im Obersten Sowjet im Jahre 1991, vgl. Kwizinskij 1993, a.a.O., S. 63-69; Falin 1993; S. 497f.

<sup>105</sup> Vgl. Kwizinskij 1993, S. 102f.

<sup>106</sup> Ebenda, S. 103.

<sup>107</sup> Ebenda.

strengungen, den Kalten Krieg hinter sich zu lassen und die Samen zu pflanzen für die Nachkriegsinstitutionen, indem wir dem Osten die Hand reichten und die Gemeinschaft demokratischer Nationen erweiterten".<sup>108</sup>

---

<sup>108</sup> Vgl. Baker 1995, S. 584.

**Fred Oldenburg**

## **German Unification and the Extension of NATO**

**Bericht des BIOst Nr. 52/1996**

### **Summary**

#### *Introductory Remarks*

The Russians are alone in claiming so specifically that key Western politicians and diplomats provided bilateral assurances during the Spring of 1990 and the two-plus-four negotiations that they would not pursue the upcoming extension of NATO to Eastern Europe. There are also claims that the West provided a "gentleman's agreement" or oral assurances. No valid evidence has yet been presented, and yet the Russian side says it will provide documentary evidence to support this claim. In the present report, the memoirs of the most important participants in the development process that led to German unification will be used to assess whether they provide any support for this claim. In addition, key interviews and public statements will be examined. Finally, political science research into aspects of the issue will be taken into account.

#### *Findings*

1. The Germans only made statements subject to interpretation in speeches and interviews during the months of January and February 1990. American Foreign Minister Baker could possibly have provided Gorbachev in Moscow a bilateral oral renunciation of the extension of NATO in February 1990. At this time, however, Western efforts were focused primarily on German reunification and on anchoring the unified country in NATO. Both the German and the American foreign ministers were thinking in terms of a possible special military and political status for the territory of the former GDR following the reunification of Germany while at the same time the reunified Germany was to remain in the Atlantic Alliance. These ideas took shape in Article 5 of the Two-Plus-Four Treaty.
2. At that time, the West was concerned primarily to watch Moscow's reactions without a) overextending its own demands; b) arousing additional expectations in Eastern European capitals; and c) rendering the adaptation process more difficult for Gorbachev by creating new obstacles. The Soviets (with the exception of Ligachev) did not raise the problem of a possible change of alliance in Eastern Europe either. In the spring of 1990, it was generally assumed that NATO and the Warsaw Pact would both continue to exist. Western statements must in any case be understood in the context of the development process underway during 1990. They cannot be considered to apply to all the events to occur following the collapse of the Warsaw Pact and dissolution of the Soviet Union. In the materials examined, no evidence could be found that Chancellor Kohl ever made a statement that could be interpreted to limit his options in Eastern Europe.
3. There is no evidence that any renunciation of the extension of NATO towards the Soviet Union/Russian Federation was provided orally, by treaty, or in any other form in direct connection with the two-plus four negotiations concluded in September 1990. On the other hand, the Soviet government approved the de facto "extension of NATO towards the

borders" of the Soviet Union (between May 31 and June 15/16 1990) into the territory of the former GDR alone and as a consequence of the withdrawal of Soviet armed forces at the end of August 1994.

4. The final occasion on which the Russians could have demanded Western assurances was immediately prior to and in conjunction with ratification of the treaties in March and April 1991. According to available materials, Soviet diplomacy made no use of this opportunity either. We may therefore assume that the West did not commit under international law not to include the Eastern European states in NATO. There was never any extensive discussion of this subject as it would have placed the Warsaw Treaty Organization in question, which both the Soviets and the West sought to avoid.
5. Nonetheless, it is by no means entirely impossible that Western representatives did provide such assurances. However, it will only be possible to deny or verify this claim after reviewing documents which have so far been kept secret in the archives.